



Wochenschriften Abonnementstr. in Breslau 5 Mark. Wochen-Abonnement 50 Pf.
außerhalb pro Quartal incl. Post 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den
Raum einer sechsheligen Zeit-Zeile 20 Pf., Reklame 50 Pf.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag
zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 49. Morgen-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 30. Januar 1879.

Abonnements-Einladung.

Die unterzeichnete Expedition lädt zum Abonnement für die Monate Februar und März ergebnis ein.

Der Abonnements-Preis für diesen Zeitraum beträgt in Breslau 3 M. 50 Pf., bei Zustellung ins Haus 4 M. 25 Pf., auswärts incl. des Portozuschlags 4 M. 35 Pf., und nehmen alle Postanstalten Bestellungen hierauf entgegen.

Wochen-Abonnement, durch die Colporteurs frei ins Haus, 50 Pf.

Expedition der Breslauer Zeitung.

Schlimme Zeichen aus Österreich.

Das österreichische Abgeordnetenhaus hat am 27. Januar dem Berliner Vertrag mit 154 gegen 112 Stimmen die verfassungsmäßige Zustimmung ertheilt und daneben eine sein Recht wahrenne Resolution beschlossen. Der europäische Friede ist jetzt davor gesichert, durch ein Votum des österreichischen Abgeordnetenhauses zerrissen zu werden, so mag vielleicht manches Mitglied dieser Abverschaft, von schwerer Sorge aufathmend, bei sich denken. Hand auf's Herz, in Europa hat man wenig Notiz von diesen österreichischen Parlamentsintrigen genommen. Man hat ein anderes, als ein zustimmendes Votum nicht für möglich gehalten, weil eben nur ein solches die compromittirte Stellung des österreichischen Abgeordnetenhauses vor dem Vergessen, dem Fluche der Lächerlichkeit, bewahren konnte. Das auf seine Vorrechte gewiss eifersüchtige englische Unterhaus hat den Berliner Vertrag einfach zur Kenntnis vorgelegt erhalten; auch die Convention vom 4. Juni ist, obgleich sie England Lasten auferlegt, ohne Zustimmung des Parlaments zur Ausführung gelangt. Und Österreich hat doch nur einfach, ohne daß es der Pforte gegenüber zu militärischem Beifall für gewisse Fälle sich verpflichtete, Bosnien und die Herzegowina besetzt. Im Ernst hat Niemand daran gedacht, daß die Debatte des österreichischen Abgeordnetenhauses über den Berliner Vertrag irgend eine andere Wirkung haben könnten, als der Partei, deren Vorfürher sich gegen den Abschluß des Berliner Vertrages hinterher so nutlos ereiferten, einen schweren Stoß beizubringen. Es glaubt eben darum Niemand an den österreichischen Parlamentarismus trotz der großen Worte, mit welchen man darüber bei jeder Gelegenheit sich damit andern Völkern, in Sonderheit uns Deutschen gegenüber, in die Brust wirft. Der deutsche Reichstag ist oft genug von den verfassungstreuen Wiener Blättern wegen seiner Ohnmacht dem Reichskanzler gegenüber verhöhnt worden. Gewiß, hätte derselbe in vielen Fällen sich der Nachgiebigkeit minder bestimmt gezeigt; es wäre besser gewesen. Niemals aber hat der deutsche Reichstag sich in einer Lebensfrage für das Reich so unsfähig zur Beurtheilung der Lage, so ungeschickt in der Wahrnehmung seiner eigenen Würde gezeigt, als sich das österreichische Abgeordnetenhaus in der Heranziehung des Berliner Vertrages vor sein Forum und in den darüber geführten Verhandlungen erwiesen hat.

Man kann es dreist aussprechen, die „Verfassungspartei“ hat in Österreich abgewirtschaftet; ein „Ministerium der Verfassungspartei“ ist unmöglich, weil eben jede Voraussetzung für ein solches fehlt.

Das seit vielen Monaten auf die Genehmigung seines Entlassungsgefüges harrende Ministerium Adolf Auersperg hat vor dem Abgeordnetenhouse lediglich als Kugelsang für den gemeinsamen Minister des Neufers, Grafen Andrássy, seinen Platz eingenommen, soweit es überhaupt eine solche formale Pflichterfüllung noch für notwendig hielt.

Der größere Theil der Partei, die seine parlamentarische Stütze bilden sollte, hat die von ihm vertretene Orientpolitik des Grafen Andrássy als eine für das Reich verderbliche mit den schärfsten Worten verurtheilt und nur der kleinere Theil trat für das Ministerium ein, jedoch nicht über dasselbe allerlei Anzüglichkeiten sich zu erlauben. Ein Ministerium, das sich selber als abgewirtschaftet betrachtet und den Augenblick herbeiwünscht, wo es seine Entlassung erhält, kann freilich keine andere Behandlung erwarten. Seine Feinde haben keinen Grund mehr, ihre Verachtung zurückzuhalten, und seine Freunde überlegen sich, ob sie nicht durch eine allzuzeitige Vertheidigung sich selber compromittieren, — zu nutzen vermögen sie dadurch ja doch Niemandem mehr. Die Mehrheit des österreichischen Abgeordnetenhauses, die dem Berliner Vertrage die Zustimmung ertheilte, sieht sich aus sehr verschiedenen Elementen zusammen: der Zahl nach ist darin die conservativ-clericale, die sogenannte „Rechts“-Partei am stärksten vertreten.

Wenn es auf Grund der Abstimmung am 27. Januar zur Bildung eines neuen Ministeriums kommen sollte, würde der Kaiser Franz Joseph den Auftrag dazu dem Grafen Hohenwart ertheilen müssen, welcher der parlamentarische Führer der bisherigen Opposition ist, und dieser würde dann die Auflösung des Abgeordnetenhauses zur Bedingung für die Übernahme des Ministeriums zu stellen haben. Nun fügt es sich aber so, daß im Herbst dieses Jahres das sechsjährige Mandat des Abgeordnetenhauses erlischt. (Der Zusammenschluß des gegenwärtigen Reichsraths erfolgte am 4. November 1873, nachdem das frühere Abgeordnetenhaus am 7. September aufgelöst war.) Es hat also das gegenwärtige Abgeordnetenhaus nach Schluss der laufenden Session nichts mehr zu bedeuten, wenn nicht etwa unvorhersehbare Zwischenfälle eine außerordentliche Einberufung des Reichsraths notwendig machen sollten. Man hält es dieser Lage für entsprechend, wenn das Ministerium Adolf Auersperg nunmehr endlich seine Entlassung bewilligt erhält und, wie dies auch anderswo zur Vorbereitung eines Systemwechsels für nützlich erachtet wird, ein Übergangs-Ministerium aus politisch farblosen, geflügelten Beamten, von denen ja immerhin der eine oder andere ein Abgeordnetenmandat besitzen kann, zusammengelegt wird. Dieses Ministerium würde dann mit dem gegenwärtigen Abgeordnetenhaus, ohne weiter Reibungen zu suchen, die laufenden Geschäfte zu Ende führen und nach geschlossener Session die Wahlen vorbereiten, deren Ablösung früher oder später erfolgen kann, je nachdem durch die Auflösung des Abgeordnetenhauses bald Raum geschaffen, oder aber der vollständige Ablauf seines sechsjährigen Mandats erwartet wird. Das neue Ministerium würde inzwischen ausgewählt werden und die für dasselbe designirten Persönlichkeiten würden als Vertrauensmänner der Krone mit den Gecken in Böhmen über die Bedingungen des Eintritts derselben in den Reichsrath verhandeln. Je nachdem diese Verhandlungen zu einem Ergebnis führten oder fruchtlos blieben, würde dann die Action des

neuen Ministeriums einen mehr föderalistisch-nationalen oder aber mehr conservativ-clericale Charakter tragen und durch ein Wahlmanifest, womit das neue Ministerium ins Amt trate und worin es seine Regierungsgrundsätze darlegte, das Land zu allgemeinen Neuwahlen und zur Begründung einer neuen Ära „wahrhaften Österreichethums“ aufgesfordert werden.

Nun, man wird ja sehen, was sich von Allem dem verwirklichen wird. Eins, glauben wir, steht fest: das nächste österreichische Abgeordnetenhaus, das zweite, welches aus direchten Wahlen hervorgeht, wird von dem im Jahre 1873 gewählten sich erheblich unterscheiden, und zwar zum Nachteil des Deutschthums und des Liberalismus, die in Österreich sich fast vollständig decken.

Breslau, 29. Januar.

Die beiden liberalen Parteien unserer Stadt haben sich für die bevorstehende Erstwahl zum Reichstage vollständig geeinigt; ihr gemeinsamer Kandidat ist der Landtags-Abgeordnete Justizrat Freund. Die Einigung erfolgte, wie wir ausdrücklich hervorheben, sowohl in der Wahlerversammlung der Fortschrittspartei, wie in der der national-liberalen Partei ohne Widerspruch. Sache der liberalen Wähler ist es nunmehr, dieser Einigung am Wahltag, Dienstag, 4. Februar, Ausdruck zu geben. Mit Recht macht der Vorsitzende der fortschrittlichen Wählerversammlung, Herr Stadtrichter a. D. Friedländer, darauf aufmerksam, daß die Breslauer Reichstagswahl deshalb eine außergewöhnliche Bedeutung habe, weil sie die große praktische Probe auf die tiefere Wirksamkeit des Socialistengesetzes sei. Dasselbe hebt auch die uns heute zugegangene Berliner „N.-L. Corresp.“ hervor, indem sie schreibt: „Der rein äußerliche Zweck dieses Gesetzes ist, kann man wohl sagen, nahezu vollständig erreicht. Die lärmende socialdemokratische Agitation ist gänzlich verschwunden. Mit Hilfe der Breslauer Wahl wird sich nun zum ersten Male feststellen lassen, ob und inwieweit die Zurückdrängung der Socialdemokratie von der Oberfläche unseres öffentlichen Lebens auch ihre politische Gefährlichkeit gemindert hat. Wir fürchten fast, daß man sich in dieser Beziehung allgemein einer zu großen Sicherheit hingiebt. Für Breslau würde es uns geradezu verderblich erscheinen sein, wenn man auf Grund solcher Sicherheit das Experiment einer neuen Parteicoalition gemacht hätte.“

Run, die liberalen Parteien Breslau's haben dieses gefährliche Experiment nicht gemacht; sie haben sich geeinigt und müssen es nunmehr den Männern des „Neuen Wahlvereins“ überlassen, einen Bruch in die staatsverhaltenden Elemente unserer Stadt zu bringen. In dieser Beziehung schreibt die oben citirte „N.-L. C.“ weiter: „Alle die Befürchtungen, daß die Breslauer Nationalliberalen mit der dort gebildeten, ihrem politischen Charakter nach höchst fragwürdigen „neuen Partei“ verbinden könnten, sind uns ganz grundlos erschienen. So lange die sozialdemokratische Gefahr in dem bisherigen Grade fortduert, bleibt keine andere Wahl, als auf der Seite der Fortschrittspartei zu verharren, es sei denn, daß man die Fortschrittspartei lediglich für die ältere Schwester der Socialdemokratie hielte, welcher Auffassung jedoch eine liberale Partei niemals fähig sein dürfte. Mit Genugthuung begrüßen wir denn auch die Kunde, daß Nationalliberale und Fortschritter sich auf den zur Fortschrittspartei gehörigen Breslauer Landtags-Abgeordneten Freund als Kandidaten vereinigt haben. Zu wünschen bleibt nun noch, daß das Breslauer Bürgerthum am Wahltag seine Schuldigkeit thut.“

Wir haben diesen Worten des Berliner national-liberalen Blattes nichts hinzuzufügen.

Die Reise des Kronprinzen Rudolf von Österreich wurde mit der angeblich nahe bevorstehenden Verlobung desselben mit der Prinzessin Mathilde von Sachsen in Verbindung gebracht. Aus Dresden wird uns nun geschrieben: „Eingeschworene Personen versichern, daß der österreichische Kronprinz bei seiner hiesigen Anwesenheit die Prinzessin Mathilde, Tochter des Prinzen Georg, nur ganz flüchtig gesehen hat und die Verlobung jedenfalls in sehr weitem Felde liegt, wenn überhaupt daran zu denken ist.“

Nachdem das österreichische Abgeordnetenhaus die Debatte über den Berliner Vertrag beendet hat, tauchen wieder neue Combinationen über das neue Ministerium auf. Ein Telegramm der „A. A. Z.“ will wissen, die Berufung des Grafen Coronini zur Cabinetsbildung habe die größte Wahrscheinlichkeit für sich. In Wien hält man diese Version für wenig glaubwürdig.

Wie der „Pol. Corr.“ aus Konstantinopel gemeldet wird, erregt es in dortigen diplomatischen Kreisen kein geringes Aufsehen, daß der französische Botschafter, Mr. Journier in der letzten Zeit wiederholt vom Sultan zur Audienz beschieden wurde. Am 26. Januar wurde Mr. Journier abermals vom Sultan zu einer Consultation eingeladen, die nicht länger als zwei Stunden währt. Man glaubt allgemein, daß es sich sowohl um die sehr brennend gewordene türkische Finanzfrage, wie auch um die griechische Grenzregulierung handle. Letztere Angelegenheit soll nach den Depeschen, welche von Ahmed Muhtar Pascha bei der Pforte eingelangt sind, sehr bedeutende Schwierigkeiten in Aussicht stellen. Die griechischen Delegirten beharren auf der vom Berliner Congress vorgezeichneten Grenze. Gerüchte verlauten, Muhtar Pascha soll veranlaßt durch Intrigen der nächsten Umgebung des Sultans, welche jeden Auseinanderfall mit Griechenland zu hinterziehen entschlossen ist, im Begriffe stehen, seine Demission zu geben. Der französische Botschafter Journier ist aber energisch bemüht, diese Intrige zu paralysern. Der Rücktritt Muhtars und dessen Ersetzung durch Ali Pacha im Finanz-Portefeuille ist nunmehr offiziell erfolgt.

In Frankreich entwickelt sich ein ernster Conflict zwischen Mac Mahon und der republikanischen Majorität, welche das Ministerium Duvalre zu Maßnahmen drängt, um die Verwaltung und Armee von Staatsstreitslementen zu säubern. Während der Marschall-Präsident sich noch hinsichtlich der verlangten Veränderungen in richterlichen Kreisen geflügelt erwies, verweigerte er peremptorisch, die höheren Commandostellen im Heere den Faust-Generalen vom Schlag eines Bourbaki wegzunehmen, die ihrem unverhüllten Hass gegen die Republik treu geblieben sind. Dem gestrigen Ministerrat, bei welchem Mac Mahon zuerst diese Willensmeinung aussprach, ist, wie der Telegraph jetzt meldet, Abends eine Befreiung zwischen Mac Mahon und Duvalre gefolgt, wobei es aber letzterem nicht gelang, den Septennats-Regenten zu einer Sinnesänderung zu bringen. Auch die Republikaner haben bereits Stellung genommen. Die Delegirten der Mehrheit verlangen, daß das Ministerium auf der Enthbung der mehrfach genannten Generale von ihren wichtigen Posten bestehen solle. Ob Mac

Mahon, wie schon einigemale seine Hartnäckigkeit in Kleinigkeiten enden lassen wird, ob er, der sich bisher an die Präsidentschaft geklammert, wirklich zurücktreten wird oder ob er zu einem waghalsigen Streiche entschlossen ist, das dürfen uns schon die nächsten Tage lehren. Denn dieser drohende Gegensatz zwischen Executive und Legislative kann unmöglich lange dauern. Immerhin steht Frankreich wieder einmal vor einer schwerwiegenden Entscheidung. Einstweilen wird es gut sein, den bekannten Wahlspruch Mac Mahon's: „Hier bin ich, hier bleibe ich“ im Gedächtnis zu behalten. Der sonst wenig bedeutende Mann hat sich bisher wenigstens in diesem Punkte consequent gezeigt und die reactionären Präsidenten-Parteien werden Alles daran setzen, ihn so lange als möglich, zum mindesten bis zum Ablauf seiner Amtszeit im nächsten Jahre, am Ruder zu erhalten. Verlieren sie doch mit ihm einen der mächtigsten Hebel für ihre Pläne.

In Italien ist, wie bereits telegraphisch gemeldet, bei der Wahl des Vicepräsidenten und verschiedener Commissionen eine Coalition der Gruppe Nicotera mit dem Centrum und der Rechten zur Tage getreten. Derselben blieb auch der Sieg in den Händen.

Der schweizerische Bundesrat heilt offiziell mit, daß die Vereinbarung eines neuen schweizerisch-italienischen Handelsvertrags mit Conventional-Tarif keine Aussicht habe. Es handelt sich gegenwärtig nur noch um einen „Meistbegünstigungsvertrag“ als modus vivendi bis Ende 1879.

In England haben in vergangener Woche wiederholte Cabinetsonseils stattgefunden. Man zieht daraus den Schluß, daß die Thronrede wichtige legislative Vorschläge enthalten werde, worunter in erster Linie die Frage der irischen Universitätserziehung. Bedeutungsvolle Artikel in Journalen, welche mehr oder minder mit den Absichten des Cabinets vertraut sind, sowie andere Anzeichen lassen darüber kaum einen Zweifel aufkommen. Man ist darauf vorbereitet, zu vernimmen, daß die Regierung dem Parlamente einen Vorschlag zur Beseitigung dieser jüngsten aller irischen Beschwerden unterbreiten werde — ein Problem, dessen Lösung Gladstone im Jahre 1873 bereits mit Erfolg begonnen hatte. Den augenscheinlich inspirirten Berichten zufolge ist das ministerielle Programm jedoch überaus eng begrenzt und schließt die Dotirung einer katholischen Universität gänzlich aus; es soll einfach eine examinirende Körperhaft eingeführt werden, welche gelehrte Barden ertheilen kann, während diejenigen Hochschulen, welche die meisten Erfolge aufweisen können, später Subsidien erhalten sollen. Dass ein solcher Plan den englischen und irischen Protestanten mehr zusagen würde, als die Dotirung einer rein katholischen Universität, liegt auf der Hand; allein die katholische Geistlichkeit darf bezüglich dieses Punktes ganz anderer Meinung sein. Für die Geistlichkeit, welche die Erziehung nur insofern zu würdigen weiß, als dieselbe als Instrument in den Händen der Kirche verhindert wird, wird jedes Arrangement unwillkommen erscheinen, das die katholischen Irlander scheint den Protestant zu zurückstellt, wie sehr es auch sonst, vom reinen Erziehungsstandpunkt betrachtet, sich empfehlen dürfte.

In der Cap-Colonie scheinen sich die Dinge zu einer ernsten Krise zu zuspielen. Cetewavo, der Zulu-König, weigert sich, die ihm gestellten Bedingungen anzunehmen und hat ein Corps von 8000 Streitern an der Grenze zusammengezogen. Der Krieg mit den Zulukäfern scheint unvermeidlich zu sein. Die „Times“ schreibt darüber ziemlich mißmutig:

„Wahrscheinlich wird die Thronrede den Beginn eines neuen Krieges in Süd-Afrika zu erwähnen haben. Voraussichtlich haben unsere Truppen in Natal bereit die Grenzen des Zululandes überschritten und befinden sich im Kampfe mit der bedeutendsten Streitmacht, gegen welche Europäer je zuvor südlich vom Zambezi gekämpft haben. Es ist klar, daß, was geschieht muss, auch schnell geschehe. Im Kampf gegen Barbaren ist Zöggerung keine Heit und Gelöbverschwendung und kann nur dazu dienen, den mit europäischen Gebräuchen unbekannten Gegner zu ermutigen. Wir hoffen keinen Zweifel, daß Lord Chelmsford allen Erwartungen entsprechen wird und daß die ihm unterstellten Truppen im Stande sein werden, der Armee Cetewavo's die Spitze zu bieten. Ein längerer Feldzug würde nicht allein den Gegner ermutigen, sondern auch England in üble Laune versetzen. So lange die zerstreuten Colonien Süd-Afrikas nicht unter einer Regierung geeinigt sind, wird das Mutterland den önerösen Pflicht nicht entbunden werden können, für lokale Interessen und prosperirende Colonien Krieg zu führen, welche falls sie zur gemeinsamen Abwehr geeinigt wären, die Hilfe Englands ganz gut entbehren können.“

Deutschland.

Berlin, 28. Jan. [Die Eisenbahntarifylane des Reichskanzlers. — Mehrforderungen für Eisenbahnen. — Aus der Gemeinde-Commission. — Veröffentlichungen der Recursscommission. — Cabinetssekretär Dr. von Mohl.] Das gestern von der „N. Allg. Ztg.“ publicierte Schreiben des Reichskanzlers an einen „deutschen Collegen“, worin der Plan einer gesetzlichen Regelung des Eisenbahntarifwesens befürwortet und entwickelt wird, könnte die politische Discussion wieder in Fluss bringen, wenn dieselbe bei den Anregungen und Ueberraschungen der letzten Jahre überhaupt zur Ruhe gekommen wäre. Unter dem „Collegen“ wird überall ein „Ex-College“ verstanden, und zwar der ehemalige württembergische Minister, jetzige Präsident der Reichs-Posttarifcommission, Herr von Barnbüler, der sich ebenfalls bedankt haben soll, auf Grund der Reichskanzlerischen Vorschläge einen Gesetzentwurf über das Eisenbahntarifwesen auszuarbeiten. Von den deutschen Privatbahnen steht eine Beantwortung der schweren Vorwürfe, welche in dem Schreiben direct und noch mehr indirekt gegen sie erhoben werden, in sicherer Aussicht. Seit Jahren ist vorausgesagt worden, daß die im Jahre 1873 vom Landtag dem neuen Handelsminister Achenbach bewilligte Anleihe von 120 Millionen Thalern nicht zum Ausbau der projectirten Linien (Berlin-Mag. u. s. w.) ausreichen und daß die Regierung schließlich mit Nachforderungen kommen würde. Das ist jetzt in der neuesten Vorlage, welche dem Abgeordnetenhaus zugegangen ist, geschehen. Obwohl auf die größtmögliche Einschränkung in den Kosten Bedacht genommen worden sei, reichen, wie regierungssettig gesagt wird, die bewilligten 20,750,000 Thaler für die Bahn von Oberlahnstein bis zur Reichsgrenze und die 5,900,000 Thaler für die Bahn Orléans-Nörtheim nicht aus; es sind vielmehr zur Fertigstellung noch erforderlich für die erste Bahn 7,500,000 Mark, für die letztere 469,000 Mark. Die Urteile dieser Mehrkosten liegen, was zunächst die Bahn Sieg-Oberlahnstein betrifft, vornehmlich in den Kosten des Grundvertrags. Zwar haben sich die Annahmen der zum Bahnbau erforderlichen Flächen (es handelt sich bekanntlich um die sog. Moabebahn) annähernd als richtig erwiesen, es hat indes eine sehr erhebliche Überschreitung der veranschlagten Einheitspreise stattgefunden. Zurückzuführen ist dieselbe hauptsächlich auf die günstigen Erträge, welche

die zahlreich angeschulten Weinbergsländeren in den Vorfahren geliefert haben. Ähnliche Umstände haben die Staatsüberschreitung bei der Bahn Ottbergen-Nörtheim verursacht. Den Mehrforderungen im Betrage von etwa 8 Millionen Mark stehen Erparnisse resp. Minderausgaben gegenüber, welche einerseits an den Mitteln für die Abriegen in dem Anleihegesetz von 1873 vorgesehenen Ausführungen und andererseits an den durch das Gesetz von 1874 für den Bau neuer Eisenbahnstrecken zur Verfügung gestellten Geldmitteln von 50,600,000 Thalern zum Theil bereits eingetreten, zum Theil in sicherer Aussicht sind. Unter diesen Umständen wird in dem vorliegenden Gesetzentwurf beantragt, die 7,969,000 Mark aus den befragten Quellen zu decken. — Der Magistrat der Stadt Hannover beschwert sich darüber, daß es ihm nicht gestattet werde, einen früheren Bewohner der Stadt, welcher seit 10 Jahren in einer Irrenanstalt einer andern Stadt untergebracht sei, zur Communalsteuer heranzuziehen. Der betreffende Mann hat in Hannover noch eine Wohnung, welche von der Ehefrau und dem zum Curator seines Vaters ernannten Sohne bewohnt werde, während das ganze Vermögen von der Stadt, in welcher dies Irrenhaus belegen, zur Communalsteuer herangezogen werde. Die Commission beschloß schriftlichen Bericht ans Plenum zu erstatten. Ohne die Frage zu entscheiden, ob die Heranziehung zur Communalsteuer an dem Orte der Irrenanstalt gerechtfertigt sei, konnte auf die Beschwerde der Stadt Hannover nicht eingegangen werden, weil die Städte-Ordnung für Hannover die Heranziehung nur den „wohnberechtigten Bewohnern“ zur Communalsteuer gestattete. Als einen solchen könne man einen seit längerer Zeit in einer auswärtigen Irrenanstalt befindlichen nicht ansehen. — Eine Petition zweier Communalräte aus den Rheinlanden um Aufbesserung ihres Gehalts und Gleichstellung mit den Försen im Staatsdienst wurde wegen nicht erledigten Instanzenzuges als nicht zur Verhandlung im Plenum des Hauses geeignet erachtet. — Die amtliche Veröffentlichung der Entfernung der Rechtskommission betreffs der Unterdrückung sozialdemokratischer Vereine, verbotenen Schriften und ausgewiesenen Socialdemokraten erfolgt in den nächsten Tagen durch die vom Obertribunalrat Hartmann herausgegebene hier (in Karl Heymanns Verlag) erscheinende Zeitschrift für Gesetzgebung und Praxis auf dem Gebiete des deutschen öffentlichen Rechts. — Auf die Bewilligung der Neuforderung für die Errichtung eines Consulates in Cincinnati muß die Reichsregierung wohl mit großer Bestimmtheit rechnen, denn, wie versautet, ist der frühere Cabinetsecretär der Kaiserin, Dr. von Mohl, der wegen seiner Verheirathung mit einer Gräfin von der Gröben neulich aus seiner bisherigen Stellung geschieden ist, bereits zu diesem Amt ernannt worden.

△ Berlin, 28. Jan. [Nachtragsetat der Justiz-Verwaltung.] Der Nachtragsetat der Justizverwaltung für die Zeit vom 1. October 1879 bis 1. April 1880 der heute im Abgeordnetenhaus zu ersten Beratung stand, hat unter den Richtern im Abgeordnetenhaus und außerhalb desselben große Entrüstung hervorgerufen. Man hoffte, endlich wäre der Zeitpunkt gekommen, wo die alte Klage der Zurücksetzung der Richter gegen die Verwaltungsbeamten in Preußen ihre Berechtigung verliere. Aber nein! — gerade umgekehrt: Die Einführung der Reichsjustizgesetze wird in Preußen der großen Mehrzahl der Richter mehr Arbeit schaffen bei kaum gleichem Gehalt und weniger Aussicht auf Gehaltserhöhung als zuvor. Bisher giebt es beim Obertribunal eine Präsidialstelle mit 21,000 Mark und sechs Vicepräsidentenstellen mit je 12,000 M. außerdem 23 Präsidienten von Gerichten zweiter Instanz mit je 11,400 M. Gehalt. Diese 30 Stellen mit 11,400 M. Gehalt und darüber werden verschwinden; dafür kommen 13 Präsidienten der ganz erheblich erweiterten Oberlandesgerichtsbezirke. Man hatte gemeint, diese höchsten preußischen Richter der Zukunft würden in Rang und Gehalt mit den Oberpräsidenten rangieren, die ja öfters jugendliche Streber von hohem Adel und geringer Bildung sind. Aber nein! der Oberpräsident erhält 21,000 Mark, der Präsident des Oberkirchenrats 21,000 Mark — beide sind Nähe erster Klasse — die 13 preußischen Oberlandesgerichts-Präsidienten werden an Rang und Gehalt den Präsidienten der größeren Bezirks-Regierungen, dem Präsidienten

des brandenburgischen Consistoriums gleichgestellt, sie erhalten eben so viel, wie bisher die Präsidienten der kleineren Appellationsgerichtsbezirke 11,400 M. 54 p.C. von dem, was der Oberpräsident bekommt. Und so geht es weiter: der künftige Präsident eines großen Landgerichts wird sich auch nicht besser stehen, als wie er sich als Director eines Kreisgerichts stand, welches nur den vierten Theil seines Bezirks ausmacht. Das Bedenklichste dabei ist noch die künftige Stellung der großen Mehrzahl der bisherigen Directoren, die jetzt wieder Landrichter werden. Diese bekommen, wenn sie in derselben Stellung verblieben zuletzt 6000 M., gleich den Regierungsräthen, als Landrichter bleiben, sie bei 5400 M. stehen resp. können sie es höchstens bis zu 5400 M. bringen. Auch sonst finden die Sachverständigen vielerlei zu tadeln. So z. B. werden große Beträge ausgeworfen für die Kosten der Revisions- und Inspectionsreisen der Präsidienten und Räthe der Oberlandesgerichte. Man hatte gehofft, die Inspectionsreisen der sogenannten Departementsrevisoren, die sich zuweilen sechs Wochen lang bei einem einzigen Kreisgericht revideirend vor Anker legten, würden bei den Landgerichten fortfallen, es würde nur die Revision durch die Präsidienten stattfinden. Ob das Abgeordnetenhaus durch seine Budget-Commission an diesen Dingen etwas erhebliches ändern werde, steht dahin.

[Angieblich landesverrätherische Handlungen eines Offiziers.] Im Bezug auf die von der „Weser-Ztg.“ mißguthielte Geschichte, betreffend landesverrätherische Handlungen eines Offiziers, meldet nun das „Tageblatt“: „Nach bester Information können wir hinzufügen, daß die Heile des sächsischen Kriegsminters in der That mit dieser Affäre im Zusammenhang stand; sie hatte indes lediglich den Zweck, den vollen Grund jener Gerüchte, welche schon seit Wochen in militärischen Kreisen im Umlauf waren, an höchster Stelle darzulegen. Es handelt sich nämlich um einen sächsischen Offizier, der in schändlichster Weise nach der gedachten Richtung hin verleumdet worden war und selbst eine ehrgeizige Untersuchung beantragt hatte. Die hierauf angestellten sorgfältigen Recherchen haben die vollständige Grundlosigkeit der Verdächtigung herausgestellt und auch nicht das Mindeste ergeben, was dieselbe irgendwie hätte begründen können. General v. Fabrice kam nach Berlin, um über dies Ergebnis der Untersuchung zu berichten und gleichzeitig die Untersuchung gegen den oder die Verleumder, denen man auf der Spur zu sein glaubt, in die Wege zu leiten. Das ist der Kern der mysteriösen Geschichte.“

Solingen. [Ersatzwahl.] Zur Annahme der Ersatzwahl an Stelle des verstorbenen Landtagsabgeordneten für Lenne-Solingen H. Bürgers ist, wie bereits gemeldet, Termin auf Donnerstag, den 13. Februar, anberaumt und Landrat Melbeck von Solingen zum Wahl-Commissionär ernannt worden. Eine in Lenne zusammengetretene Versammlung nationalliberaler Urwähler erkannte das 1876 mit der Fortschrittpartei abgeschlossene Compromiß als noch bis zum Schluss der laufenden Legislaturperiode in Kraft stehend an, so daß also alle Aussichten für Accepierung eines fortgeschrittenen Kandidaten vorhanden sind. Neben Rechtsanwalt Träger nennt man Franz Brochhaus aus Remscheid als Kandidaten.

München, 26. Jan. [Verwaltungsgerichtshof. — Entschließung des Staatsministeriums.] Die Errichtung des Verwaltungsgesetzes ist für den 1. October d. J. in Aussicht genommen, und dieser Termin soll durch einen dem Landtag vorzulegenden Gesetzentwurf gesetzlich bestimmt werden. — Nachdem die Finanzkammer einer Kreis-Regierung in einem Bericht auszuführen versucht hatte daß zufolge der Bestimmung in Art. 5 des Gesetzes vom 22. Juli 1819, die Gemeinde-Umlagen betreffend: „Kein Staatsbürger ist verbunden zur Befriedigung der Bedürfnisse von Kirchen und Schulen einer Religionspartei, zu welcher er nicht gehört, mittelst Umlagen beizutragen, wenn nicht ein gemeinschaftlicher Genius oder ein besonderes Rechtsverhältnis besteht, „das Staatsrätor zu Umlagen für confessionelle Schulen nicht herangezogen werden könne, da daselbe als juristische Person keiner Religionsgesellschaft angehöre“, erging vom Staatsministerium eine Entscheidung, wonach diese Ansicht als gerechtfertigt nicht erachtet werden kann.

Straßburg, 26. Jan. [Dem Landesausschuß] wird außer einem umfangreichen Ausführungsgesetz zu den Reichsjustizgesetzen das Budget vorgelegt werden, welches namentlich in Betreff des Justizrats 21,000 Mark — beide sind Nähe erster Klasse — die 13 preußischen Oberlandesgerichts-Präsidienten werden an Rang und Gehalt den Präsidienten der größeren Bezirks-Regierungen, dem Präsidienten

räthen an Rang gleichgestellt sind, auch das nämliche Gehalt wie diese letzteren (3000—6000 M.) beziehen sollen.

Deutschland.

* Wien, 28. Jan. [Ein Epilog zu der Debatte über den Berliner Vertrag.] Durch neun Sitzungen, vom 15. bis zum 27. Januar, hat sich die unselige Debatte hingezleppt. Nicht weniger als 32 Reden sind gehalten worden und doch, wenn ein hiesiges Blatt diese Discussion als eine der „größten und anstrengendsten“ unter den „oratorischen Leistungen“ des Abgeordnetenhauses bezeichnet, muß man unwillkürlich des „multa, non multum“ gedachten. Das Hauptergebnis wird jedenfalls darin bestehen, daß nicht bloß die publicistische und parlamentarische Welt, sondern auch das zeitungsleseende Publikum von einem wahrhaft nervösen Entsezen befallen wird, wenn neuerdings eine Discussion über die bosnische Affäre im Anzuge ist. Es bedarf wohl keines Beweises, daß den Vorheil aus dieser allgemeinen Überfüllung nur Graf Andrássy ziehen wird, wenn er in drei bis vier Wochen abermals in dem Wege der Delegationen an unseren Gelbheuvel appelliren muß. Graf Andrássy hatte ja ganz Recht, schon im October vor den Adressdebatten zu sagen, ihm könnte es nur willkommen sein, wenn die verhaltene Redelust sich noch vor der Entscheidung in den Delegationen Luft mache. Derselben Dienst wie die Adressdebatten vor dem ersten, werden ihm jetzt die Debatten über den Berliner Vertrag vor dem zweiten Abschnitt der Delegations-Session leisten. Immerhin sind für unsere fernere innere Entwicklung und für die Unmöglichkeit, bei einer fernerer Betreibung der Occupationspolitik in der bisherigen Weise auch nur den Schein-Constitutionalismus beizubehalten, die Bissern der verschiedenen Abstimmungen von gestern in hohem Grade interessant. Der Regierungs-Anschauung, wie Minister Unger sie mit Aufgebot aller Kräfte verteidigt, entsprach lediglich der Antrag des Polen Dunajewski, den Vertrag einschließlich Kenntnis zu nehmen und dadurch der Verfassungsauslegung des Sprechministers zuzustimmen, daß der Reichsrath kein Recht habe, irgend ein zustimmendes oder ablehnendes Verdict über das Document zu fällen. Gut! Dieser Antrag ward mit Zweidritt-Majorität, mit 181 gegen 90 Stimmen, verworfen; Niemand, außer den Polen und der Rechtspartei des Grafen Hohenwart, stimmte dafür, nicht einmal ein Großgrundbesitzer. Die Annahme des Vertrages erfolgte dann nur mit 154 gegen 112 Stimmen — wahrlieblich in solch einer Frage keine starke Majorität; auch war deren Bildung nur dadurch möglich, daß eben jene 90 den Vertrag jetzt billigten, die aber erst erklärt, das Haus habe gar keine Kompetenz, darüber ein Votum abzugeben. Sie und die Großgrundbesitzer allein von der Verfassungspartei bildeten die Mehrheit, die doch unmöglich je die Grundlage für eine compacte Regierungspartei abgeben kann. Die Phalanx der 112 umfaßt den ganzen Rest der Verfassungspartei!

Niederlande.

St. Petersburg, 25. Januar. [Die Pest.] Am 23. d. hielt der befreundete russische Chirurg und Leibarzt des Kaisers Alexander, Professor S. P. Bottin, in der Versammlung der Petersburger praktischen Aerzte einen höchst interessanten Vortrag über die im Gouvernement Astrachan ausgebrochene Pest-Epidemie, welchem Vortrage auch ein zahlreiches Privatpublikum beigewohnt hat. S. P. Bottin nannte, wie wir einem Berichte der „Nov. Wremja“ entnehmen, die im Gouvernement Astrachan wütende Krankheit rundweg Pest oder, wie das Volk sie nennt, tschornaja Smertj (der schwarze Tod) und Bitsch Boschij (die Geisel Gottes). Es ist das dieselbe Krankheit, die Europa im 14. Jahrhundert der Länge und der Breite nach durchlief, wie dies die schreckliche Art und Weise dieser Krankheit ist. Die auch von den Aerzten Krajsowski und Depner bestätigten Symptome der Krankheit äußern sich in der grossen Sterblichkeit, in der Heftigkeit und in der starken Ausbreitungsgefahr. Der heftige sieberhafte Zustand, verbunden mit der Angreifung der lymphatischen Drüsen, der rasche Eintritt des typhösen Zustandes — all' dies schlägt die Möglichkeit aus, die ansteckende Krankheit als eine europäische Art des Typhus anzuerkennen und dient als sicherer Beweis, daß diese Krankheit die Pest sei. Dies wird auch dadurch bestätigt, daß in der letzten Zeit die Nachrichten über den Ausbruch der Pest nicht aus Westsibiria allein kamen. Im März 1877 tauchte die Pest in Recht auf, und obwohl damals in Astrachan eine Quarantaine aufgestellt wurde, ist noch keinesfalls ausgeschlossen, daß nicht trotzdem die Krankheit nach Astrachan eingesleppt worden ist. Dieses bestätigt auch Dr. Depner, der noch 1877 in Astrachan den Verlauf der Krankheit verfolgte und von den Typhuskranken sagte, daß dieselben stark an Schmerzen in den lymphatischen Drüsen leiden. Die Krankheit, die

Stadt-Theater.

(„Der Verschwender“).

Als Benefit für den hochverdienten Oberregisseur unseres Stadttheaters, Herrn Heinrich Grans, fand gestern eine Aufführung von Raimunds „Verschwender“ statt, welche durch die Besetzung aller, selbst der kleinsten Rollen durch erste Kräfte und durch die Mitwirkung hervorragender Künstler eine ganz ungewöhnliche Anziehungskraft ausübte und das Haus bis auf das letzte Plätzchen füllte. Fast sämmtliche Mitglieder des Schauspiels wie der Oper hatten sich zur Mitwirkung erboten, um hierdurch ihrem verehrten Oberregisseur, der unter den schwierigsten Verhältnissen eine ungewöhnliche Energie und hervorragendes künstlerisches Verständniß bekundete, ihre Anteilnahme und Dankbarkeit zu beweisen. Ist es doch dem künstlerigen und thatkräftigen Wirken des Herrn Grans in erster Linie zu verdanken, daß das Schauspiel in dieser Saison aus der Rolle des Aschenbrödels, welche es sonst im Vergleiche zur Oper einnahm, Herausstrat und erfreuliche Erfolge aufzuweisen hatte. Daß unser künstlerisches Publikum dieses Verdienst in vollstem Maße anerkannt, bewies es am gestrigen Abend durch den zahlreichen Besuch der Vorstellung wie durch den schmeichelhaften Beifall, durch welchen der Benefiziant auszeichnet wurde.

So sahen wir denn gestern Raimunds hochpoetisches, gemüthsvolles Märchen nach dem von Wien und Berlin gegebenen Beispiel in ungewöhnlich glänzender Ausstattung und Besetzung in Scene gehen; ob die Hinzuziehung von Concert und Ballettproduktionen nicht dazu beiträgt, den Intentionen des Autors entgegen, die Aufmerksamkeit von der Dichtung selbst auf das Beiwerk abzulenken und die Einheit der Stimmung zu beeinträchtigen, das ist freilich eine Frage, die wir nicht unbedingt zu vernelen vermögen.

Von den im Stücke Mitwirkenden nennen wir in erster Linie den Benefizianten, Herrn Grans, der den Flottwell gab. Die Hauptstärke dieses Künstlers liegt in der Reflection, er erweist stets eindrückliches Verständniß, scharfes geistiges Erfassen, wogegen der Ausdruck unmittelbar empfindung bei ihm einigermaßen in den Hintergrund tritt. So kam auch in seiner Darstellung des Flottwell der leichtsinnige, heißblütige Lebemann weniger zur Geltung, wogegen er in den Momenten, wo er zur Einkehr in sich selbst gelangt, namentlich also im dritten Acte, ganz vortrefflich war. — Den Beweis einer erstaunlichen künstlerischen Vielseitigkeit erbrachte Fr. Lehmann als Rosa, sie bewegte sich in dieser Rolle mit einer Ungezwungenheit und Natürlichkeit, welche die eminenten, schauspielerische Begabung der liebenswürdigen Sängerin dokumentirt. Ihre Maske im dritten Acte vertrieb eine lobenswerthe Selbstverlängung. Geradezu elektrisch wirkte Fr. Lehmann durch den hirreihenden Vortrag eines Liedes von Milloker in niederösterreichischer Mundart, — welche sie, nebenbei erwähnt, ganz reizend spricht. — Die Partie des Bettlers war

bei Herrn Fischer gesanglich auf's Beste aufgehoben. — Den Valentin gab Herr Guthery. Obwohl ihm der Dialect Schwierigkeiten bot, auch die unendlich gemüthliche Rolle seiner trocknen Komik ziemlich ferne liegt, so fand er sich doch mit seiner schwierigen Aufgabe im Ganzen recht glücklich ab. Herr Guthery sang auch, allerdings in seiner Manier, welche Spielhagen so ergötzlich von Helmerding beschreibt. — Eine ganz exquisite Leistung bot Frau Lanius als altes Weib. Von den Darstellern der übrigen Rollen seien noch Fr. Schwarzenberg, Frau v. Moser-Spinner, Fr. Hoffmann und die Herren Schönfeld und Pochmann hervorgehoben.

In die Gesellschaftsscene des zweiten Actes war ein vollständiges Concert eingeschoben, an welchem sich die Mitglieder unserer Oper, Fr. Kiehl und Herr Wolff, ferner der treffliche Pianist Herr Constantin Sternberg und Concertmeister Sitt durch vorzüglich ausgeschlagene Vorträge befehligen. Dem Concerte folgten ausserwählte Productionen der Mitglieder des Balletts.

So vereinigten sich denn alle Kräfte, ihr Bestes zu bieten und erst zu ungewöhnlich später Stunde endete die mit allseitigem Beifall aufgenommene Vorstellung.

Die Wissenschaft der Nase.

Hoffentlich fühlt sich der Leser nicht gleich verschupft, wenn wir ihn abwechselnschärfen zu einer Betrachtung der Nase einladen. Die schönen Leserinnen namentlich sollen keine Ursache erhalten, das Naschen zu rumpfen, denn es wird hier wederemand an der Nase herumgeführt, noch etwas gesagt werden, was einem in die Nase fahren könnte.

Nein! Dafür verdient dieser edle Gesichtsvorsprung einen viel zu tiefen Respekt. Ist doch seine Rangstufe schon von Mutter Natur durch seine erhabene Stellung im Mittelpunkte des Angesichts äußerlich gekennzeichnet! Und Welch' hohe Bedeutung die Nase sonst für den gesamten Gesichtsausdruck hat, das erlebt man an jedem der Bedauernswertesten, denen dieses Glied zerstört worden ist. Ein Krieger, dem ein Auge verloren ging, macht noch bei Weitem nicht den abschreckenden Eindruck, wie einer, dem die Nase abgehauen worden. Selbst das starre Gesetz erkennt dies an. Wenn daher eine Braut das Unglück hat, die Nase zu verlieren, so braucht sie der Bräutigam nicht zu heirathen, sie aber auch nicht ihn, wenn er um die seine kommt. Nur von Cheleuten, die ja eben wie ein Leib und eine Seele leben sollen, verlangt das Recht, daß sie auch den Verlust der Nase am anderen Theile mit Ergebung ertragen.

„Jemandem etwas an der Nase absehen“ ist also keineswegs eine leere Redensart, vielmehr ist eben die Nase in der That ein verrätherisches Element, und unfeine Schönheiten wissen sehr wohl, was sie thun, wenn sie, um incognito zu bleiben, auf Redouten nur die Nasenpartie decken. Das Auge allein, obwohl als „Spiegel der Seele“ gepriesen, ist dann seiner Macht beraubt, denn ohne diese

„Warte der Erkenntnis“, wie man im Gegensatz dazu die Nase nennen könnte, wirkt auch das hellste Auge seine Blicke vergebens aus.

Wer Lust hat, sich an der eigenen Nase zu zerföhnen, dem bietet die Wissenschaft Lavaters Gelegenheit genug. Erklärt sie doch eine jede Nase in ihrer Art für einen Wegweiser der Naturanlage und Charakter-Eigentümlichkeit des betreffenden Individuums. So soll z. B. eine römische oder Habichtsnase das Kennzeichen des Genies, und zwar des selbstbewußten, solzen Genies sein; die Stumpfnase soll Leichtsinn, Munterkeit, Eitelkeit bedeuten; ein gerades, spitzes Riechorgan soll auf Anlage zur Satyre schließen lassen. Ueberhaupt gelten die langen Nasen für Merkmale des Nachtentens, ihre Besitzer gehen angeblich gern den Dingen auf den Grund, sie sind gute Väter, zärtliche Gatten, gewissenhafte Beamte und — schlechte Gesellschafter. Gründlicher kann man die Wissenschaft von der „Warte der Erkenntnis“ wohl kaum verlangen. Und wer vermöchte ihre Behauptungen zu schlagen, wenn sie z. B. fortfährt: „Die Adlernasen sind stolz und vornehm, wie der Vogel, nach dem sie benannt werden, so war die Nase Cäsars, Napoleons, Friedrichs des Großen!“

Eine ziemlich lange Nase hatte z. B. Kaiser Maximilian I., was ihn übrigens sehr verdrossen haben soll. So oft er sein Bildnis sah — und er wurde sehr oft gemacht, gegossen und geschnitten — räusperte er sich immer und rief: „Hm! nicht übel — aber die verwirkte Nase!“ Und ähnlich ging es Rudolf von Habsburg, ein Herr, der immer frohen Muthes war und sein langes Riechorgan selbst verpottete.

Auch das Alterthum hat sich schon mit diesem Gegenstand beschäftigt. „Geschwungene Augenbrauen“, sagt Aristoteles, „sind das Zeichen eines eitlen, stolzen, gebieterischen Menschen; werden sie oft gehoben, so zeigt dies Kühnheit, Zorn, Drohung, Feindschaft an; wenn sie sich aber bis auf die Nasenwurzel herabbiegen, so befinden sie einen harten Charakter.“

Dem griechischen Alterthum verdankt die Wissenschaft der Nase übrigens noch eine berühmte Specialität, die sogenannte griechische Nase, die für die schönste unter allen gilt. Bekanntlich besteht ihre Eigentümlichkeit darin, daß sie sich ohne merkliche Einbiegung von der Stirn aus in gerader Linie fortzieht und mit dieser, wie mit der Mund- und Kinnpartie ein streng harmonisches Größenverhältniß bewahrt. In ihr spricht sich der poetische Idealismus aus. Diese griechische Nase, wie man sie an den meisten antiken Statuen beobachtet, hat den größten Gesichtswinkel, nämlich nahe an 90°, während derselbe bei niedrigeren Menschenrassen, wie Negern und Hollentottten, nur 65° beträgt.

Man denke indeß nicht zu gering von den Nasen dieser wilden Völkerschaften. Sie lassen durchgehends dem edlen „Gesichtserker“ mehr Würdigung angedeihen, als wir civilisierten Europäer; sie machen die Nase zum Träger des Schmucks, zum Botschafter der Empfindung. Nicht nur, daß sie goldene Ringe und andere Piercings

1878 in Westsanta aufrat, ist daher nichts Anderes, als die Fortsetzung der sogenannten Typhus-Epidemie vom Jahre 1877, da es völlig erwiesen ist, daß die Pest übermintern könnte. Auch ist es erwiesen, daß die Pest manchmal in minder heftiger Weise auftrate und daher sehr schwer vom Typhus zu unterscheiden sei, so daß die Fälle, die Dr. Depner beobachtete, ungemein heftig gewesen, obwohl die Pest sehr schwachen Charakter war.

Die von Dr. Depner in seinen Berichten erwähnten Anzeichen der Krankheit weiter analysirend, kam der Prof. Botkin zu dem Schluß, daß jetzt in Russland die sogenannte „indische Pest“ oder der sogenannte „schwarze Tod“ herrsche. Die speciellen Merkmale der indischen Pest sind folgende: Die Krankheit zieht die Verstörung der Atmungsorgane, das Blutkreislauf und das rasche Aufören der Funktionen des Herzens nach sich. Die Beziehung der indischen Pest zu der gewöhnlichen Pest ist nach der Meinung Botkin's die nämliche, wie solche etwa zwischen dem Gallentyphus und dem wiederkehrenden Fieber besteht. Beide Arten haben viele gemeinsame Merkmale, so daß es manchmal sogar schwer ist, eine von der andern zu unterscheiden. Der Unterschied liegt aber in den Resultaten: in einem Falle ist die Sterblichkeit weit größer als in dem andern. Die indische Pest ist heftiger, sie tödlich schneller und kaum sind ihre allgemeinen charakteristischen Merkmale (Leiden lymphatischer Drüsen) zum Vorschein gekommen, stiftet schon der Kranke.

O s m a i s c h e s R e i c h .

P. C. Konstantinopel, 23. Januar. [Die Verhandlungen mit Russland und Österreich.] Gegen die allgemeine Erwartung sind die russisch-türkischen Verhandlungen noch immer zu keinem Abschluß gebracht. Die Schwierigkeiten, welche dem entgegenstehen, sollen vorzugsweise den Artikel 11 betreffen. In diesen bereits mehrfach abgeänderten Artikel wollten die Russen eine Klausel aufnehmen, welche der Türkei die Verpflichtung gegenüber von Russland auferlegen würde, den Berliner Vertrag auszuführen. Bei der letzten, bereits signalisierten Redaction des Artikels beantragte Karatheodory Pascha, dessen Gewandtheit sich bei diesem Anlaß ganz besonders manifestierte, ungewöhnlich folgende Fassung: „In Folge der Beschlüsse, welche die sieben, am Berliner Congress vertretenen Mächte gefaßt haben, sind einzelne Verpflichtungen, welche die Pforte im Vertrage von San Stefano übernommen hat, mobisicirt worden.“ Die russischen Bevollmächtigten mußten hierüber Wiesungen in St. Petersburg einholen. Wie man sieht, sind die türkischen Diplomaten vor Allem bemüht, sich von jeder besonderen Verpflichtung Russland gegenüber loszumachen, indem sie erklären, daß, wenn die Türkei Verbindlichkeiten eingegangen, dies ganz Europa gegenüber geschehen sei, daß aber Russland kein Privilegium, keinerlei Sonderrecht besitzt, von ihr Rechenschaft darüber zu verlangen, wie sie den Berliner Vertrag ausführte. Auch bezüglich der von der Pforte zu zahlenden Entschädigungssumme für den Unterhalt der türkischen Truppen scheint noch eine Schwierigkeit obzuwalten. Es handelt sich darum, ob diese Entschädigung eine besondere Schuldforderung Russlands bilden oder in die Kriegsentschädigung eingerechnet werden soll. — Die Fortsetzung der Verhandlungen mit Österreich-Ungarn über die in Betracht der occupirten Provinzen abschließende Convention ist am vergangenen Dienstag wieder aufgenommen worden. Graf Zichy wird von dem Botschaftsrath R. von Koszel assistirt, dessen lange Erfahrung und Vertrautheit mit den hiesigen Verhältnissen seine Mitwirkung unerlässlich machen. Als ottomanische Bevollmächtigte fungiren Karatheodory und Alt Pascha; der letztere, dessen Ernennung hierzu nahe bevorsteht, wohnt der ersten, nur Formfragen gewidmeten Sitzung noch nicht bei.

Provinzial - Zeitung.

H. Breslau, 29. Jan. [Der Wahlverein der nationalliberalen Partei] hielt gestern Abend 8 Uhr im Saale des „Königs von Ungarn“ eine zahlreich besuchte Mitglieder-Versammlung beabsichtigt. Besprechung über das Verhalten der Partei bei der bevorstehenden Erstwahl für den Reichstag im Westbezirk unserer Stadt ab. Dieselbe wurde von dem stellvertretenden Vorstande, Dr. Lion, mit dem Hinweis auf den Tod Bürgers' eröffnet. Bürgers habe zwar der nationalliberalen Partei nicht angehört, er habe in vielen wesentlichen Punkten mit ihr differirt, aber er sei ein Mann von Fertigkeit und Überzeugungstreue gewesen, der für seine Überzeugung Alles eingesetzt.

Die Versammlung gab ihrem Gefühl der Theilnahme für den im kräftigsten Mannesalter Dahingedachten durch Erheben von den Sizien Ausdruck.

darin tragen, sie wissen auch bei der Begegnung mit Freunden und Göntern ihren Gefühlen der Sympathie und Achtung keinen schönen Ausdruck zu geben, als dadurch, daß sie ihre Nase an der des Vorübergehenden reiben.

Die Sitte, Ring in der Nase zu tragen, kennt auch das Morgenland. Wie manche orientalischen Stämme noch heutigen Tages in der am unteren Knorpel durchbohrten Nasenwand oder auch im mittleren Nasenbein den Mund verschließende Stein von Elfenbein oder edlem Metall befestigen, so auch in den ältesten Zeiten die Hebräerinnen. Es gab ein rabbinisches Gesetz, das ihnen am Sabbath nur in den Ohren, nicht aber in der Nase Ringe zu tragen erlaubte; man scheint letzteres also für ein luxuriöses Geschmäckle gehalten zu haben.

Unsere modernen Damen mögen höchstwahrscheinlich von dieser barbarischen Art der Gesichtsverschönerung nichts wissen. Und doch! Daß wir nicht zu viel behaupten! Wenn es morgen einer tonangebenden Modefürstin in Paris einfiele, diese Neuerung aufzubringen — würden unsere Schönen der „hautie nouveauté“ widerstehen können? Wir sind weit entfernt, dem zarten Geschlecht keinen Mut, keine Anlage zum Heroismus zuzutrauen; allein der Tyrannin Mode gegenüber möchten wir keine Wette auf ihre Widerstandsfähigkeit eingehen. Und wenn denn das Unerhörte wirklich geschähe, wenn das Nasenringtragen Mode würde und der Bräutigam künftig der Braut nur noch über dieses Hindernis hinweg den Kuß der Liebe zu geben vermöchte — Eva's Töchter wären um ein Argument zur Berechtigung der neuen Mode nicht in Verlegenheit; wäre es auch nur, daß sie anführten, die Männer seien ihnen im Missbrauch des edlen Riechorgans mit üblem Beispiel vorangegangen. Denn das „starke Geschlecht“ war es doch zweifelsohne, welches die leidige Gewohnheit des Tabakschnupfens aufgebracht hat. Mancher hoffnungsvollen Braut, mancher sturmgeprüften Ehegattin läuft schon bei bloßer Nennung des Wortes ein Schauer über. Was hilft es, wenn man ihnen entgegenhält, daß die berühmtesten Männer der Schnupftabakdose gehuldigt haben und noch huldigen! Sie können sich nicht hineindenken, welch ein Götzengenuss für so manche Nase in einer Prise liegt. Das Wesen des Genusses läßt sich nun einmal ebenso wenig mit bloßem Verstande erklären, wie das Wesen der Schönheit. Hier heißt es: „Wenn Ihr nicht fühlt, Ihr werdet's nicht erjagen!“

Wäre übrigens das Laster des Tabakschnupfens so ganz verwerflich, hätte es nicht auch seinen sanitätlichen Werth, so würde es sich nicht zwei volle Jahrhunderte hindurch bis auf den heutigen Tag vererbt und so viele bedeutende Männer zu seinen Anhängern gemacht haben. So aber zeigen sich noch immer die größten Geister der Dose geneigt, wenn auch nur wenige ihre Liebhaber so weit treiben werden, wie Friedrich der Große, der bei seinem Tode eine ganze Legion solcher Nasenfutterästchen hinterließ, die zusammen ein ganz anscheinliches Vermögen repräsentirten.

Auf den Gegenstand der Tagesordnung selbst eingehend, berichtet Herr Dr. Lion zunächst über die Unterhandlungen mit der Fortschrittspartei und über die Gesichtspunkte, von denen aus engerer und weiterer Ausschluß zu dem Entschluß gelangt sind, der Partei das Zusammensehen mit der Fortschrittspartei zu empfehlen.

Der Vorstand erhielt unterm 18. December vor Jahres von Seiten des Vorstandes des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei folgende Bußdrift:

„Durch den Tod des Reichstags-Abgeordneten Bürgers ist eine Neuwahl im westlichen Wahlkreis der Stadt Breslau notwendig geworden. Nach dem zwischen den beiden liberalen Parteien für die gegenwärtige Legislaturperiode des Reichstages abgeschlossenen Compromiß soll für den westlichen Wahlkreis der Stadt Breslau ein Mitglied der Fortschrittspartei, für den östlichen Wahlkreis ein Mitglied der nationalliberalen Partei den Wählern als Kandidat in Vorschlag gebracht werden. Mit Rücksicht hierauf ersuchen wir Sie ergeben, mit uns befreit Nominierung eines Mitgliedes der Fortschrittspartei als Kandidaten für den erledigten Reichstagssitz zu einer Berathung zusammenzutreten. Wir schlagen Ihnen vor, zum Zwecke dieser Berathung 7 Delegirte zu wählen und uns namentlich zu machen, welche wir mit ebenfalls 7 Delegirten unseres Wahlvereins zu einer Versammlung zusammenberufen werden. Unsererseits haben wir außer den Unterzeichneten dazu die Herren Dr. Asch, Dr. Elsner, Stadtrichter a. D. Friedländer, Dr. Stein und Dr. Steuer gewählt. — Der Vorstand des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei. Friedensburg-Hermann Haber.“

Am 4. Januar trat der weitere Ausschluß zusammen, um über den Vorschlag in Berathung zu treten. Hier wurde einstimmig constatirt, daß keinem Mitgliede des Ausschusses etwas davon bekannt sei, daß die nationalliberale Partei schon jetzt durch ein Compromiß für die ganze Legislaturperiode gebunden sei. Es wurde deshalb dem Vorstande des Wahlvereins der deutschen Fortschrittspartei folgendes geantwortet:

„In der Versammlung des Wahlvereins der Fortschrittspartei wurde am 27. Juni v. J. beschlossen: „Bei der bevorstehenden Reichstagswahl in Gemeinschaft mit der nationalliberalen Partei für die Wiederwahl der Herren Bürgers und Molinari thätig zu sein.“ Am 25. Juni v. J. beschloß die Versammlung unseres Wahlvereins, folgende Erklärung abzugeben: „Es sei bei der gegenwärtigen Lage der Verhältnisse in Breslau vor Allem nötig, mit voller Energie gegen die Socialdemokratie zu kämpfen, es sei daher ein Zusammensehen mit der Fortschrittspartei dringend geboten. Der Vorstand soll daher auf die Grundlage hin mit der anderen liberalen Partei pacieren, daß ein Kandidat der Fortschrittspartei, ein Kandidat der nationalliberalen Partei angehöre.“ Wir sind daher der Ansicht, daß wir nur für die letzten Reichstagswahlen einen Compromiß abgeschlossen haben und der größere Ausschluß unserer Partei hat sich einstimmig dahin ausgesprochen, daß ihm von einem, für die gegenwärtige Legislaturperiode des Reichstages abgeschlossenen Compromiß nichts bekannt sei. Wir sind daher nicht in der Lage, auf die von dem geehrten Vorstande der Fortschrittspartei ausgehende Annahme hin, daß wir auch für die bevorstehende Erstwahl schon durch ein Compromiß gebunden seien, zu einer Berathung von Delegirten beider Parteien befreit Nominierung eines Mitgliedes der Fortschrittspartei schreiten zu können. Wir glauben aber, daß es der Klärung der Situation förderlich wäre, wenn Vorstandsmitglieder beider Parteien zusammentraten, um sich über die bevorstehende Erstwahl auszusprechen. Falls Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, erlösen wir Sie, uns Zeit und Ort für solche Zusammenkunft vorzuschlagen. — Der Vorstand des Wahlvereins der nationalliberalen Partei.“

Bei dieser Gelegenheit, berichtet Dr. Lion weiter, habe der Vorsitzende des Vereins, Geh. Rath Dr. Wachler, mitgetheilt, daß bei seiner Anwesenheit in Breslau während der Weihnachtsfeier eine Deputation des Neuen Wahlvereins bei ihm gewesen sei und die Erklärung abgegeben habe, der Neue Wahlverein sei, falls die nationalliberale Partei bei der bevorstehenden Erstwahl einer eigenen Kandidaten aufstelle, bereit, für diesen Kandidaten zu stimmen, müsse sich aber über vorbehaltlos, falls die nationalliberale Partei das Bündnis mit der Fortschrittspartei erneuere, einen eigenen Kandidaten aufzustellen.

So habe die Erklärung gelautet, bemerkte Dr. Lion, und es sei aus derselben ersichtlich, daß von dem neuen Wahlverein ein Vorschlag zu einem Compromiß bei dem Vorstande des nationalliberalen Wahlvereins nicht gemacht worden sei. Redner will dabei ausdrücklich hervorheben, daß auch von anderer Seite ein Antrag auf ein Compromiß mit dem neuen Wahlverein bei dem Vorstande nicht eingegangen sei und wenn Gerüchte der Art in der Stadt ausgebreitet wurden, so sei dies Unwahrheit oder Errungung.

Bei den von Delegirten beider Parteien im Laufe der letzten Zeit geführten Verhandlungen, deren Resultat in einem von sämtlichen Delegirten unterschriebenen Protokolle niedergelegt worden sei, wie Dr. Lion weiter berichtet, von seiten der Delegirten der nationalliberalen Partei von vorhernein erklärt worden, daß sie bindende Beschlüsse zu fassen nicht berechtigt seien, solches vielmehr dem 70er Ausschuß und der Generalversammlung vorbehalten müsse.

Bezüglich der Nominierung eines Kandidaten habe man in erster Linie am Stadtrath Kirschner gedacht, welcher gerade bei den Parteiverhältnissen

unserer Stadt der nationalliberalen Partei sicher der genehmigte Kandidat gewesen wäre, da gerade seine Person vor Allem geeignet gewesen wäre, eine schnelle Einigung aller liberalen Elemente Breslaus herbeizuführen. Stadtrath Kirschner habe aber erklärt, daß er zwar aus Neigung und Pflichtgefühl gern das Opfer bringen würde; die Gründe jedoch, die ihn veranlaßten, diesmal ein Mandat abzulehnen, seien so zwingender Natur gewesen, daß nicht weiter in ihm gedrungen werden konnte.

Von den Delegirten der nationalliberalen Partei sei demnächst die Aufmerksamkeit auf Dr. Stein gerichtet worden, als denjenigen Fortschrittsmann, der den Anschauungen der nationalliberalen Partei am nächsten steht. Es wurde aber versichert, daß Dr. Stein mit Rücksicht auf seine Gesundheitsverhältnisse absolut verbündet sei, ein Mandat anzunehmen. Es sei dann weiter an Belle in Berlin und an Justizrat Freund gedacht worden. Von jenem sei bald erklärt worden, daß er nur schwer ein Mandat annehmen werde, und von Justizrat Freund habe man ausdrücklich hervorgehoben, daß er ein Mandat zum Reichstage auf das Bevollmächtigte abgelehnt habe und ein solches nur annehmen werde, wenn gar kein anderer Kandidat gefunden werden sollte.

So weit seien die Verhandlungen mit der Fortschrittspartei gegangen.

Der weitere Ausschluß habe nun in zwei Stundenlangen Sitzungen über die Frage berathen. Es habe sich bei diesen Berathungen einfach um zwei Punkte gehandelt. Man fragte sich: Soll die nationalliberale Partei diesmal, und bloss das fragte man sich, ganz selbstständig, ohne sich nach rechts oder links umzudrehen, einen Kandidaten ihrer Partei aussuchen, oder soll sie wieder mit der Fortschrittspartei zusammengehen? Die Anschüsse hierüber gingen weit auseinander. Von der einen Seite sagte man, die Partei schäde sich dadurch, daß sie wieder mit der Fortschrittspartei gehe, zumal schon bei den letzten Wahlen eine starke Strömung gegen dieses Zusammensehen innerhalb der Partei sich geltend gemacht habe. Einzelne auch meinten, die nationalliberale Partei habe das letzte Mal einen Fortschrittsmann durchbringen lassen, Molinari sei durchgefallen, es wäre eigentlich daher in der Ordnung, wenn die Fortschrittspartei diesmal sich bereit erklärte, für einen Nationalliberalen einzutreten.

Dem gegenüber wurde hervorgehoben, alle Momente, welche bei der vorigen Wahl die nationalliberale Partei veranlaßten, mit der Fortschrittspartei zusammenzugehen, seien noch heut vorhanden. Im Gegenteil, nach dem traurigen Schauspiel, das Breslau, man könne ohne Übertriebung sagen, zur Verwunderung von ganz Deutschland gegeben, daß hier ein Socialdemokrat gewählt wurde, während alle Welt wußte, daß dies nicht möglich gewesen wäre, wenn alle staatsverhaltenden Elemente zusammengekommen wären, habe man diesmal ganz besonders auf der Hut zu sein. Niemand sei in der Lage, die Stärke der socialdemokratischen Partei zu ratieren. Es sei wahrscheinlich, daß bei dem Feilen der Presse und den Versammlungen die socialdemokratische Partei in Breslau geschwächt sei, es sei aber auch leicht möglich, daß gerade durch die geheime Agitation die Sache viel eindrücklicher und darum gefährlicher von den Socialdemokraten angefecht werde. Die nationalliberale Partei habe die Überzeugung, daß das Socialistengefege eine nachhaltige Wirkung üben wird; vorausgesetzt, daß alle staatsverhaltenden Elemente zusammenhalten, werde es auch möglich sein, die Gefahren der Socialdemokratie für die Zukunft zu befechten. Breslau aber sei verurtheilt, zu der ersten Wahl nach Erlass des Socialistengefege zu schreiten. Dies Gesetz sei noch zu kurze Zeit in Wirksamkeit, man könne noch nicht wissen, ob es schon wirksam war. Die Organisation der socialdemokratischen Partei sei unzweifelhaft noch vorhanden, in den Werkstätten werde die Parole ausgegeben werden und so sei es möglich, daß zu Alter Überraschung die socialdemokratische Partei in ungeahnter Stärke auf dem Platze erscheine.

Dem gegenüber habe sich der weitere Ausschluß gesagt, daß es doch unerhört wäre, wenn Breslau neben Reinhardts nun auch noch durch Kräder vertreten werde.

Wollen Andere in Breslau, erklärt Dr. Lion, das Experiment versuchen, dann mögen sie es auf ihre Verantwortung hin thun.

Die nationalliberale Partei betrachte den Patriotismus nicht als ihre Domäne, aber aus Patriotismus bringe sie es nicht über sich, möglicherweise in Breslau einem Socialdemokraten zur Wahl vor oder doch mindestens zu einer engeren Wahl zu verhelfen. (Bravo.) Die Untertanen seien noch in früher Erinnerung; lieber sollen die speziellen Interessen der nationalliberalen Partei leiden, lieber sollte der nationalliberalen Verein noch ein Dutzend Mitglieder verlieren, wenn es sein müsse, ehe wir dazu beitragen, daß der Telegraph über acht Tage wieder überall hin in das Vaterland die Kunde sendet, in Breslau habe wiederum ein Socialdemokrat gesiegt. Ich bin vielleicht zu sehr Optimist, aber ich hoffe noch jetzt, daß nicht blos von uns, ich hoffe, daß ich dieses Mal auch von keiner anderen Seite den Schrift thun wird, der die zum Kampfe gegen die Socialdemokratie berufene Wählerschaft unheilig trennen und auseinander sprengen würde.

Die nationalliberale Partei habe, fährt Redner fort, keinen Grund, der Fortschrittspartei den Sitz im Westbezirk zu entreißen, und sie habe, glaubt Redner, dazu um so weniger Grund, als die Fortschrittspartei in ihrer gestern abgehaltenen Versammlung ausdrücklich anerkannt habe, daß sie für den Fall einer Erstwahl im Oribezirk, der ja nach menschlichem Ermessens möglich sei, sich jetzt für verpflichtet erachte, dann dort für die Wahl eines Nationalliberalen einzutreten. — Warum wähle, wenn die Einigkeit gegen

Eine nur gutzuheilende Folge dürfte übrigens die Verbreitung des Tabakschnupfens, wie sie zu Anfang des 17. Jahrhunderts sich gezeigt haben soll, sicherlich nach sich gezogen haben, nämlich die Einbürgerung des Naschkleins, das heute zwar unter dem Namen Sack- oder Taschentuch zu den unenbeherrschlichen Handstücken gehört, ehemals aber nur sehr wenig, beziehentlich gar nicht bekannt war. Leider wird doch, daß im Alterthum der Gebrauch eines Schnupftuchs geradezu eine Unschicklichkeit war. Eine Griechin oder Römerin, die mit einem solchen Gegenstande sich öffentlich gezeigt hätte, würde allen antiken Anstand verletzt haben. Juvenal erwähnt eine Liebhaberin, die ausdrücklich eines solchen Verstoßes wegen den Geliebten verlor. Der Cultur sei Lob und Preis, daß dies anders geworden! Ganz Europa, vom Kaiser bis zum Nachtwächter herab, darf sich ungesteuert des unvermeidlichen Taschentuches bedienen und die immer weitere Verbreitung desselben mag eben so wie der wachsende Verbrauch der Seife für einen gewissen Culturmesser gelten, wenn auch die Chinesen hierin nie erreicht werden, die ihren Taschentuch-Curus befähiglich bis aufs Neuerste treiben, nämlich bis zum Wegwerfen nach einmaligem Gebrauche; ganz zu geschweigen der Türken, die das delicate Taschlein sogar zum postillon d'amour erheben und durch dessen Zuwerfen im Harem die Dame ihrer Gunst bezeichnen.

Vom Hundertste ins Tausendste zu kommen, ist das Vorrecht aller Plauderer; wir haben davon, wie der freundliche Leser er sieht, den ausgedehntesten Gebrauch gemacht und sind vom Vorgebirge der Nase über das Tabaksgebiets geraden Weges in den Harem und die türkischen Taschentuchgeheimnisse gerathen. Nun aber machen wir Rechtsumkehr und greifen unser eigentliches Thema wieder auf.

Welch eine lange Reihe voll bunten Wechsels dehnt sich vor unsrigen Blicken aus, wenn wir all die historischen Nosen ins Auge fassen, all jene Originale, Abnormitäten und Mustereremplare von Reichorganen berühmter Männer und Frauen! Der Raum eines Feuilletons faßt diesen Reichthum nimmer. Nur ein paar Beispiele will ich herausheben. Wer hätte nicht schon gehört von der launischen Nase Schillers, die durchaus faule Aepfel unter sich wittern mußte, wenn sie ihrem Herrn nicht das Leben schwer machen sollte. Oder von dem empfindsamen Gesichtsvorsprung Kant's, der die Ausdünnung armer, von geringer Kost lebender Menschen nicht ausstehen konnte, während gerade die unbemitteltesten Studenten seinen Hörsaal zu füllen pflegten. Wie mag das den armen Weisen von Königsberg gepeinigt haben! Kann man unter solchen Umständen von der Erfindung des Schnupftabaks noch gering denken? O, welches Glück, eine gute Nase zu besitzen! Der Cardinal Alberoni weiß auch ein Liedchen davon zu singen. Das Licht seiner Augen erholt früher, als seine Lust am Leben; da war ihm seine Nase ein Segen und ein Trost. Sein Gesichtsausdruck war so übermenschlich scharf, daß er, ohne zu sehen, eine junge, neben ihm sitzende Dame von einer alten unterscheiden konnte.

Das hatte doch wenigstens praktischen Werth. Dagegen trug Napoleon Bonaparte seine Nase mit ihren empfindlichen Geruchsnerven wie eine wahre Last. Unter Anderem war ihm der Theergeruch unerträglich, weshalb er Wasserfahrten mied, wo es nur ging. Aber bei der Reise nach St. Helena half kein Widerstreben, und die Folge war eine erste Exfrankung. Das neue Haus, welches man dort für ihn baute, fürchtete er blos wegen des Geruchs der frischen Farbe und daher zog er vor, es unbewohnt zu lassen und die Unbequemlichkeiten der alten Wohnung fortzuvertragen. Er wird seine Nase oft genug verwünscht haben. Da war Philipp II. von Spanien besser dran: er roch einfach gar nichts, nicht einmal die Kefer und die Schetterhaufen. Und doch scheint es sehr fraglich, ob er nicht vermählt habe.

Wie viel dem Menschen genommen wird, wenn man ihn der Nase beraubt, das drückt sich schon in der gerichtlichen Strafe des Nasenabschneidens aus, die bei den alten Egyptern auf den Scheiterhaufen der Frauen gesetzt war und gegenwärtig noch bei den Chinesen in Aufnahme ist. Um uns aber diese abschreckliche Verstümmelung zu verhindern, brauchen wir nicht einmal außer Landes zu gehen. Unsere Tageschronik hatte in neuerer Zeit mehr als einmal den Fall zu verzeichnen, daß ein in Eiferfucht entbrannter Liebhaber dadurch Nase abbte und einer ferneren Untreue der Geliebten dadurch vorzubringen wußte, daß er ihr meuchlings die Nase abbiss.

Auch die Bibel macht sich an mehreren Stellen sehr auffallend mit der Nase zu schaffen. Jesaja 8, 17 liest man als eine Göttlichen Dienerei der Kinder Israels: „Und siehe, sie halten Weinreben an die Nosen.“ Diese uns unverständlichen Gräuel erklären jedoch die Schriftkundigen damit, daß es ein Gebrauch der persischen Feueranbeter gewesen sei, während des Gebetes zu ihrem Licht- und Feuergott einen Strauß in der Hand zu halten. Die curioseste Bibelstelle aber, curios wenigstens für den, der nicht in der althebräischen Bibelsprache bewandert ist, findet sich Hoheslied 7, 4, wo von einer Braut gesagt wird: „Deine Nase ist wie der Thurm auf Libanon, der gegen Damaskus siehet.“ So sonderbar das klingt, die Bibelgelehrsamkeit hat auch das zu erklären gew

die Sozialdemokratie sein müsse, die Fortschrittspartei nicht einen Nationalliberalen?

"Uns, m. h., bemerkt Redner, wäre das gewiß recht. Aber seien wir doch ehrlich! Wäre der Sitz im Osten, wo wir bei der vorigen Wahl gemeinsam Molinari aufgestellt, frei geworden und die Fortschrittspartei hätte Miete gemacht, uns im Osten den Sitz zu entreißen, wir und die Majorität der Wählerschaft hätten ein solches Vorheben gemäßbilligt."

"Wir haben das vorige Mal der Fortschrittspartei einen Sitz im Westen verschaffen helfen. Dieser Sitz ist durch Bürgers Tod frei geworden. Wir sind wieder zum Wählen berufen, sind frei in unserer Wahl, müssen auch frei sein. Denn lägen jetzt schwere Differenzen zwischen uns und der Fortschrittspartei, wie damals z. B. nach Annahme der Justizgesetze, wo wir als die Männer eingestellt wurden, welche die Rechte und Freiheit des Volkes preisgegeben haben — da hätten wir gewählt nach unserem Sinne und hätten die Wählerschaft entscheiden lassen zwischen uns und der Fortschrittspartei. Heute aber, wo alle wahrhaft Liberalen mit ernster Sorge in die Zukunft schauen, wo seit lange zum ersten Mal sich wieder Birkow und Händel mit Laster und Mięuel verbinden zu einem Antrage, der von allen Liberalen angenommen wird, um das erste Volkwerk constitutioneller Rechte, die Rechte im Parlamente zu schützen. Heute, wahrlich, ist mehr Grund zur Einigung, als zur Trennung unter den liberalen Parteien. Wir haben also keinen Grund, nachdem wir der Fortschrittspartei gegenüber das Recht der Entscheidung uns gewährt, ihr den Sitz zu entziehen. Wir haben umso weniger Grund, als sie uns, was bisher zwischen den Parteien nicht passirt war, für die Dauer der Legislaturperiode den Besitzstand im Osten ausdrücklich für eine etwaige Erstwahl garantirt hat."

Dies seien, bemerkt Redner, die Geschäftspunkte, die den Siebenziger-Ausschuss veranlaßt, den mit großer Majorität angenommenen Antrag zu stellen, bei der bevorstehenden Erstwahl für die Wahl eines Fortschrittsmannes einzutreten. (Bravo!)

Was den Candidaten selbst anbetrifft, so sei heut noch hinzuzufügen, daß Bell nicht angenommen, Justizrat Freund aber auf das Drängen seiner Parteigenossen sich entschlossen habe, jetzt eine Candidatur anzunehmen.

Über die politische Richtung Freund's habe man sich zur Zeit nicht zusammensprechen. Freund habe eine andere politische Ausbildung als die nationalliberale Partei, aber es handelt sich eben um die Wahl eines Fortschrittsmannes, und die nationalliberale Partei sei verpflichtet, einen solchen wählen zu helfen.

Freund sei Allen bekannt, bekannt als einer unserer geschätzten Anwälte, als ein Mann, dessen Ehrenhaftigkeit über alle Zweifel erhaben sei, als ein Mann, der Allen aus seiner kommunalen und politischen Thätigkeit bekannt sei.

"M. h., schließt Dr. Lion, wir haben uns wochenlang mit diesen Dingen beschäftigt. Wir haben uns dadurch nicht beirren lassen, daß ein Berliner Correspondent ohne einen Schein von Recht, ohne Kenntnis unserer Beschlüsse, die ja eigentlich erst vorgetragen gefaßt, wir seien vertragsschädliche Leute; wir haben uns nicht dadurch beirren lassen, daß in der Stadt die wunderbarsten, sensationellsten Gerichte über uns verbreitet wurden, daß man ohne Weiteres behauptete, wir hätten schon unseren eigenen Candidaten fertig, dessen Auswahl mit Rücksicht auf die eigentümliche Zusammensetzung des westlichen Wahlbezirks erfolgt sei.

"M. h.! Lassen auch Sie sich durch diese Dinge nicht beirren! Solche Erfahrungen sind geeignet, unter Umständen zu verbittern, auseinanderzustatt zusammenzuführen! Kämmern wir uns blos um die große liberale Sache, um das Wohl unseres Vaterlandes. Wählen Sie mit uns gegen die Sozialdemokraten einen Fortschrittsmann! (Bravo!) Der Antrag Ihres Vorstandes lautet:

"In Erwägung, daß den Gefahren der Socialdemokratie gegenüber ein Zusammengehen aller staatshaltenden Wähler erforderlich ist und in Erwägung, daß die Fortschrittspartei für eine etwaige Erstwahl im Ostbezirk uns die Wahl eines nationalliberalen Candidaten zugesichert hat, beschließt die Versammlung bei der bevorstehenden Wahl mit der Fortschrittspartei für die Wahl des Herrn Freund einzutreten."

Bei der demnächst von dem Vorstehenden über diesen Antrag eröffneten Discussion nahm nur Herr Professor Dr. Röppel das Wort. Derselbe erklärte zunächst, daß er den Antrag des Vorstandes und Ausschusses nach einer sehr sorgfältigen und langen Erwägung vollkommen billige, obwohl ihm dieser Entschluß persönlich nicht leicht geworden sei. Aber er habe die Überzeugung, daß der Beschuß des Vorstandes bei der ganzen Lage des Wahlscheinlichkeit in der Allgemeinen und des nationalliberalen Vereins im besonderen der allein richtige sei.

Angenommen, die nationalliberale Partei stelle in Westen einen eigenen Candidaten auf, so werde nach den bisherigen Erfahrungen die Stimmenzahl für den Fortschrittsmann in jenem Bezirk jedenfalls größer sein, als die des nationalliberalen Candidaten. Das Resultat der ersten Wahl würde sich also so gestalten, daß wenn auch der neue Wahlverein, wie doch leicht möglich, ebenfalls einen neuen Candidaten aufstelle, 4 Parteien in der ersten Abstimmung mit einander ringen. Nun sei es unter diesen Umständen leicht möglich, daß sowohl der Candidat der nationalliberalen Partei, als auch der des neuen Wahlvereins geschlagen werde und ein Socialdemokrat in die engere Wahl komme. Sehe man den andern Fall, daß der neue Wahlverein keinen eigenen Candidaten aufstelle, so daß also eine Möglichkeit wäre, daß der nationalliberale Candidat mit dem Candidaten der Fortschrittspartei in die engere Wahl komme, dann werde aller Wahrscheinlichkeit nach ein nicht unbedeutender Theil der sozialdemokratischen Stimmen bei der engeren Wahl auf den Fortschrittsmann übergehen und dieser also ohne die Hilfe der nationalliberalen Partei durchkommen. Dies sei aber ein Resultat, welches der nationalliberalen Partei von wenig Nutzen sein werde, denn dieser Gang der Dinge würde nur dahin führen, die nationalliberale Partei für längere Zeit vollständig von der Fortschrittspartei zu trennen, er würde nur zur Folge haben, daß bei dem, wie es heißt, wahrscheinlichen Feindemden des Sitzes im Ostbezirk die nationalliberale Partei die Unterstützung der Fortschrittspartei nicht haben würde. Nehme man aber den dritten Fall an, daß der neue Wahl-Verein keinen eigenen Candidaten aufstelle und sich entschließe, für den nationalliberalen Candidaten zu stimmen, so würde die allermöglichste Folge eines solchen Vorgehens sein, daß, wenn jetzt der nationalliberale Candidat im Westbezirk durch Unterstützung des neuen Wahlvereins durchkomme, bei Erledigung des Sitzes im Ostbezirk dieser an die nationalliberale Partei die Forderung stellen würde, nunmehr dort einen von ihm zu nominierenden Candidaten zu unterstützen. (Sehr richtig!) Er, Redner, frage aber, ob das einer wahrhaft liberalen Partei angemessen sei und ihrer ganzen bisherigen Haltung entspräche, wenn die nationalliberale Partei einen Candidaten der Partei des neuen Wahlvereins unterstütze. (Nein!)

Es bleibe also nichts Anderes übrig, als bei der bevorstehenden Wahl mit der Fortschrittspartei zu gehen, ganz abgesehen von den Erwägungen, die Herr Dr. Lion schon angekündigt, es sei nothwendig gegenüber der sich anbahnenden politischen Entwicklung in unserm Lande, den Zusammenhang der beiden liberalen Parteien nicht zu zerreißen. (Beifall.) Hierauf wird, wie wir bereits berichtet haben, der Antrag des Vorstandes und Ausschusses einstimmig angenommen.

Breslau, 30. Januar. [Tagesbericht.]

** [Mitteilungen aus dem statistischen Bureau. Woche vom 19. bis 25. Januar.] Die Temperatur der Luft war ungefähr dieselbe, wie die der Vorwoche. Das Lagesmittel war $-3,6^{\circ}$ R. (gegen $-3,2^{\circ}$ R. in der Vorwoche). Aehnlich wiebte es sich mit der Temperatur der Erde. An der Oberfläche war dieselbe $-2,40$ (gegen $-1,97$ in der Vorwoche) $-2,5$ Centim. tief: $-0,30$ (gegen $0,00$ in der Vorwoche) $-12,5$ Cm. tief: $+1,26$ (gegen $+1,46$ in der Vorwoche) $-22,5$ Cm. tief: $+6,44$ (gegen $+6,63$ in der Vorwoche). — Der Feuchtigkeitsgehalt der Luft erhielt sich auf durchschnittlich 1. — Feuchtigkeits-Niederschläge fanden sehr wenige statt, sie erreichten nur eine Höhe von 0,33 par. Linien (gegen 2,99 in der Vorwoche). — In den Standesämtern wurden vereinigt: 42 Geschlechtungen (4 mehr als in der Vorwoche). — Ferner: 213 Geburten (30 mehr als in der Vorwoche) und zwar 110 männliche, 103 weibliche. Todgeboren waren 12. Unter den Lebendgeborenen waren 30 uneheliche. Endlich: 163 Gestorbene (1 mehr als in der Vorwoche) und zwar 87 männliche, 76 weibliche. Trotzdem daß die Zahl der Geburten die Zahl der Todesfälle um 50 übertragt, ist immer noch die Sterblichkeit in bedenklicher Höhe. Das Säuglingsalter hat sich diesmal mehr als früher an der Gesamtsterblichkeit beteiligt, denn es starben 60 Kinder unter 1 Jahr gegen 44 in der Vorwoche. An amputierten Kranttheiten starben 16 (in der Vorwoche 18). — Es wurden aufgenommenen in Allerheiligen-Hospital: 2 Unterleibs-Typhus-Kranke, im Wenzel-Hanke'schen Krantenbau: 1 Niedertypus-Kranke. — Die Geburtenziffer (auf je 1000 Einwohner und aufs Jahr gerechnet) betrug 41,02, die Sterblichkeitsziffer 31,39. — Umgezogen sind: 2094 Personen (darunter 241 Familien). Angezogen sind: 784, abgezogen: 575 Personen, somit bleibt ein Überschuß von 209 Personen.

* [Altkatholisches.] In der morgen, Donnerstag, den 30. d. Mts., Abends 8 Uhr, in Nieder's Restaurant stattfindenden Versammlung der Mitglieder der hiesigen altkatholischen Gemeinde wird ein Vortrag „Über das Finanzwesen der römischen Päpste“ gehalten werden, wozu auch Gäste durch Mitglieder eingeladen werden können.

* [Die Hauptversammlung des 3. Breslauer Turnvereins.] wurde gestern in Neffe's Restaurant, Olauerstraße, bei zahlreicher Beteiligung activer Turner, unter dem Voritit des Herrn Dr. Stein abgehalten. Nach dem Kostenbericht bezifferten sich die Einnahmen pro 1878 auf 1955,98 Mark, die Ausgaben auf 1656,83 M., so daß 299,15 M. auf neue Rechnung verbleiben; dem Kostenwart Herrn H. Hamberger wurde der ihm gebührende Dank von der Versammlung in herkömmlicher Weise zu Theil.

Minder erfreulich gestaltete sich der Bericht über den Turnbetrieb seitens des ersten Turnwart Dünow, der zwar eine stetig wachsende Theilnahme bis zum Monat Juni, dann aber — mit Ausfall des Allgemeinen deutschen Turnfestes — leider eine auffällige Abnahme constatirte. Das nun verhüttete Resultat der Zusammensetzung des Vorstandes ergab fast durchweg Wiederwahl der bisherigen Mitglieder; für die Vacanzen im engeren Vorstand den Eintritt der Herren Rensch und C. Klein als zweiter Turnwart bez. stellvertretender Schriftwart, — eine Wahl, zu der sich der Verein nur Glück wünschen kann. Da durch die Municipiz der Städtischen Verhördern auch dem 3. Verein die Benützung der Städtischen Turnhalle nunmehr mißfrei gewährt wird, sich auch anderweit die Ausgaben ermäßigt haben, wird der Antrag Horn: „die Quartalbeiträge von 3 auf 2 Mark herabzusetzen“, angenommen. — Wiederum soll im Frühjahr ein Debatturnus, im Sommer Schießübungen abgehalten werden, für welche recht zahlreiche Beteiligung der Mitglieder gewünscht wird. Zur Stärkung der Turnerherzen und zur Förderung des Vereinsinteresse wird die Abhaltung eines „geselligen Abends“ beschlossen.

* [Grundbesitzer-Verein.] Zur Anregung allgemeiner Theilnahme hat der Vorstand beschlossen, fortan die Versammlungen in den verschiedenen Stadtgegenden und zunächst heute in Friedrich's Local, Mauritiusplatz 4, stattfinden zu lassen. (Siehe Inserat.)

+ [Frauenbildungs-Verein.] Die statutenmäßig im Januar stattfindende ordentliche General-Versammlung ist auf Donnerstag, den 30. Januar, anberaumt. Gegenstände der Tagesordnung sind: Berichterstattung für das abgelaufene Vereinsjahr und Wahl des Ausschusses. Die Versammlung ist Abends 7½ Uhr im Vereinslocal, Taschenstr. 26/28.

* [Vom Löhetheater.] Eine aufregende Scene spann sich gestern Abend auf der Bühne des Löhetheaters ab. Das Pferd, auf welchem Fr. Stauber zum Schluss der Operette „Der kleine Herzog“ erscheint, war von dem Schlagenträger, den bengalischen Flammen und den schmetternden Trompetenläufen des auf der Bühne marschirenden Musikkorps wild geworden und von den Reitern kaum zu bändigen. Plötzlich fällt das Stichwort, auf welches Fr. Stauber das Pfer bestiegen muß. Uner schroden wirft sich die kühne Reiterin auf das schäumende Thier, galoppiert auf die Bühne und zwingt es mit einem kräftigen Bißgriffe so, daß es wie angezwungen vor der Lampe hält. — Beflügeln Wünschen nachzufliegen, und um dem Operetten-Personal gleichzeitig einen Ruhetag zu gönnen, wird die Direction am Sonnabend, den 1. Februar, eine Wiederholung von „Dr. Klaus“ geben.

* [Thalia-Theater.] Als Onkel Bräsig wird Herr Theodor Schelpen sich morgen Freitag von Breslau verabschieden. Es handelt sich dabei zugleich um den Ehrenabend des geschätzten Gastes, um sein Benefiz. Bei großer Beliebtheit, welche namentlich seine Brachtleistung „Onkel Bräsig“ zu erfreuen hat, zweifeln wir nicht an der regten Beteiligung unseres Publikums, zumal in dem Stück auch die übrigen hervorragenden Kräfte des Thalia-Theaters, Herr Feuchter, Fr. Meissner, Fr. Wallrad u. s. w., beschäftigt sind.

H. [Anerkennung.] Dem hochverdienten Ober-Régisseur unseres Stadttheaters, Herrn Heinrich Grans, ist gelegentlich seines gestrigen Benefizes seitens der vier Corps unserer Universität folgende Adresse überreicht worden:

„Hochverehrter Herr Ober-Régisseur! Der unterzeichnete Seniorenbund der Breslauer Corps fühlt sich gedrungen, Ihnen für die freundliche Unterstützung, die Sie ihm bei der Aufführung des Stüdes: „Auf deutscher Hochschule“ zu Theil werden ließen, seinen ergebensten und tiefgeschätzten Dank abzustatten. — Nur durch Ihr aufopferungsvolles Mitwirken ist es uns möglich gewesen, einen nach allen Seiten hin befriedigenden Erfolg zu erzielen und dem Liebeswerk, dem wir dienten, eine namhafte Beihilfe zuzuwenden. Undem Sie unserem übermächtigen Treiben, so weit es ging, freien Lauf ließen, bis und da aber auch dem allzu lustigen Sinn einen Zügel anlegen und nicht eher ruhen, als bis das Stückchen Studentenleben sich so heiter und toll und doch so harmlos und fröhlig vor der Zuschauer Augen abspielle, haben Sie uns zu einer Anerkennung verholfen, die wir nur mit Ihnen theilen können, vielleicht sogar ganz allein auf Sie übertragen müssen. — Allen Mitgliedern der Breslauer Corps wird die Zeit, wo sie unter Ihrer Leitung ein gutes Werk förder halfen, ein liebe, bleibende Erinnerung sein. — Der Seniorenbund der Breslauer Corps. Das präsidirende Corps „Borussia“. Breslau, im Januar 1879.“

Die Adresse, in vollendetem Form künstlerisch ausgeführt, ist aus dem rühmlichst bekannten artistischen Institute unseres Bürgers, Herrn M. Spiegel, hervorgegangen.

* [Maschball in Rosenthal.] Nachdem der in voriger Woche stattgehabte „maschirte und unmaschirte Ball“ in Rosenthal sich sehr zahlreicher Beteiligung zu erfreuen hatte, ist für den morgigen Donnerstag, den 30. d. Mts., von Herrn Seiffert noch ein zweiter veranstaltet worden, zu welchem die nötigen Arrangements bereits in umfassendster Weise getroffen worden sind.

=β= [Ball.] Gestern hielten im Café restaurant die Fleischer der Innungen „Groß- und Kleinbänker“ einen Ball ab, an welchem sich etwa 300 Personen beteiligten. — Das Ballfest war in jeder Beziehung solenn und hielt die Teilnehmer in fröhlicher Stimmung bis in die 7. Morgenstunde zusammen.

=β= [Vodkäse.] Die im Stadhauskeller im vorigen Jahre abgehaltenen Vodkäse nach Münchener Art haben sich einer zahlreichen Theilnahme seitens des Publikums zu erfreuen gehabt. Rächesten Freitag wird das erste stattfinden. — Die Räume werden mit Decorationen verschiedener Art geschmückt werden. Neben anderen Überraschungen wird ein lebender Ziegenbock seine Rolle spielen. Die Haupträthe wird aber ein gutes Gebräu von Vodkäse sein.

=β= [Unglücksfall mit tödlichem Ausgang.] In der verflossenen Nacht wurde der am Walschen wohnende Referendar Fr. im Hausflur des von ihm bewohnten Hauses in der Nähe der zu seinem im ersten Stockwerk liegenden Zimmer führenden Treppe leblos aufgefunden. Wie ermittelt wurde, ist der Genannte gegen 1 Uhr Nachts nach Hause gekommen und hat sich vom Wächter die Haustür öffnen lassen. Während er alsdann die Treppe hinaufstieg, ist er wahrscheinlich herabgestürzt und hat, wie durch einen herbeigerufenen Arzt constatirt worden ist, in Folge eines Schädelbruches den Tod gefunden.

* [Im hiesigen städtischen Armenhause] wurde ein 4—5 Jahre alter Knabe untergebracht, welcher sich hierorts vagabondirend umhertrieb und Abends auf der Promenade aufgegriffen wurde. Der Kleine, der weder den Namen noch die Wohnung seiner Eltern anzugeben vermochte, war ohne Fußbekleidung und ohne Kopfbedeckung und mit grauem Anzuge bekleidet.

* [Vermißt] wird seit dem 3. November vorigen Jahres der Kaufmann Siegmund Friedländer, welcher sich von seiner hier wohnhaften Frau unter dem Vorzeichen entfernt hat, in Dresden ein Geschäft zu etablieren. Der Genannte ist dort nicht angelangt und sind alle nach ihm angestellten Recherchen bis jetzt erfolglos geblieben. — Seit dem 26. d. Mts. ist der bisher in der Palmstraße Nr. 11a wohnhafte Schmiedegeselle Friedrich Hilsenbecker spurlos verschwunden und befürchten seine Angehörigen, daß demselben irgend ein Unglück zugestossen sein dürfe.

* [Polizeiliches.] Einem Kaufmann in der Blücherstraße wurde ein großes Waschschiff im Werthe von 5 Mark, und einem Kaufmann in der Neuen Taubenstraße zwei goldene Medaillons im Werthe von 60 M. gestohlen. — In einem Gehöft in der Schmiedebrücke wurde einem Fremden aus Trebnitz ein brauner Palestot im Werthe von 40 M. entwendet. — Beschlagnahmt wurde ein $\frac{1}{2}$ Jahre alter grau und schwarz gescheckter Hund. — Verhaftet wurde die unberechnete Marie L. wegen Diebstahl.

=β= [Untersuchung des Oderwassers.] Gestern fand zum Zweck der Untersuchung des Oderwassers die Entnahme desselben in der Strecke von Morgenau bis Döbernfurth an 6 verschiedenen Stellen statt, und zwar am Wasserbehälter, unterhalb der Königsbrücke, ober- und unterhalb des Pfeffergrabens (bei den Schi-Häusern), in Pöbelnitz bei der Anlegestelle der Dampfschiffe und in Döbernfurth. Diese Maßregel wurde in der Zeit von Vormittag 11 Uhr bis Nachmittag 4 Uhr ausgeführt. Das Wasser ist in Flaschen gefüllt, die Veröffentlichung des Resultats über diese Untersuchung wird in den nächsten Tagen erfolgen.

B. [Die zweite diesjährige Schwurgerichtsperiode] wird unter dem Voritit des Herrn Stadtgerichtsrath Deßmann abgehalten und beginnt am Montag, den 3. Februar, Vormittags 9 Uhr. Der Schlüß der

Verhandlungen ist diesmal in der Termintabelle nicht fest bestimmmt, wird aber wahrscheinlich am Freitag, den 14. Februar, eintreten. Von den 15 Anklageten dieser Periode, insgesamt gegen 19 Angeklagte gerichtet, betreffen je drei Anklagen Verbrechen gegen die Sittlichkeit, einfache und schwere Diebstähle; vier Anklagen laufen auf Urkundenfälschung event. mit Unterfälschung; Straftauben, Münzverbrechen. Betrug und schwere Körperverletzung sind je einmal vertreten, das Hauptinteresse konzentriert sich aber unweি়selhaft auf die gegen Czmiel und Genossen erhobene Anklage wegen wiederholten Mordes bzw. Morbversuchs. Angeklagt sind hierbei Cigarrenmacher Albert Czmiel und Waldeimar Kaiser, sowie der Arbeiter August Bauer, sämtlich aus Breslau. Die betreffende Verhandlung beginnt am 11. Februar.

=β= [Zur Landespolizeilichen Abnahme] der Theilstrecke Gutehoffnungshütte-Lybrandgrube der breitspurigen Locomotivbahn von der oberhessischen Hauptbahn nach den Schächten der Lybrandra- und Gottesegengrube hat die Regierung zu Oppeln vor ihren Commissarien, dem Reg.-Rath Lucanus und dem Reg.- und Baurath Brasse, auf Donnerstag, den 30. d. Mts., Vormittags 11½ Uhr, einen Termin an Ort und Stelle anberaumt und dazu die erforderlichen Einladungen ergeben lassen. Die Mitglieder der Commission werden sich auf Bahnhof Morgenrot nach Eintritt des von Breslau kommenden Schnellzuges versammeln und sich sodann mittelst Separatwagens nach der abzunehmenden Strecke begeben.

* [Der Magistrat zu Katowitz] beschwerte sich bei dem Abgeordnetenhaus über die Weise, in welcher das Steuer-Privilegium der Staatsbeamten aus die Beamten einer Privatbahn, der Oberhessischen Bahn*, angewandt worden ist. Der Magistrat hatte die Beamten zum vollen Betrage ihres Gehalts besteuert und eine Reklamation derjenigen zurückgewiesen, indem sie dieselben auf den Rechtsweg verweis. Die Beamten betreten aber den Weg der Reklamation an die höhere Verwaltungsbehörde, welche die Beamten in dem Privilegium bestätigte. Nur behauptet der Magistrat, die Beamten seien verpflichtet, den Rechtsweg zu beschreiten. Die betr. Commission des Abgeordnetenbaus beschloß den Übergang zur Tagesordnung mit mündlichem Bericht an das Haus.

* [Volkenhain, 28. Jan. [Amtsgericht.] Die hiesige Commune hat mit dem Justizrätes, vorbehaltlich der Genehmigung des Herrn Justizministers, wegen Erbauung des hiesigen Amtsgerichtsgebäudes nunmehr Contract abgeschlossen. Das fragliche Gebäude, welches für 3 Amtsgerichte eingerichtet wird, wird jedenfalls seine Stelle auf einer östlich vom evangelischen Kirchhof befindlichen Schulhause der Stadt gehörigen Wiese, nahe an der Freiburger Chaussee, finden und muß contractlich bis zum 15. September d. J. fertig gestellt sein. Die Stadt erfährt durch diesen Neubau eine erfreuliche Erweiterung in ihrem östlichen Theile und es ist mit ziemlicher Bestimmtheit anzunehmen, daß bei dem Mangel an guten Wohnungen die Privatpensionierung das umliegende Terrain zu Bauplätzen für reizend gelegene Wohnungen benutzen wird.

* [Steinau a. O., 28. Jan. [Stadtverordneten-Sitzung.] — Jagd.] In der gestern stattgehabten Sitzung der Stadtverordneten stimmt die Versammlung in pleno für Genehmigung der von der Justizbehörde geforderten Locale für die in hiesiger Stadt zu errichtenden 3 Amtsgerichte nebst Kastellanwohnung und kann die dafür beantragte Eischedäigungsum

(Fortsetzung.)
Hamburger, G. von Wallenberg-Pachaly. — Die Parteien sind in bürschenhedsgerichtlichen Prozessen innerhalb der nächsten zwei Monate berechtigt, je einen der vorbeschriebenen Herren Schiedsrichter zu wählen, wozu die beiden Gewählten sich über einen Dritten, ebenfalls aus der Zahl der vorgenannten, verständigen. Das Schiedsrichter-Collegium für den einzelnen Streitfall besteht mithin aus drei Personen.

Δ [Schlesische Boden-Credit-Action-Bank.] In der heutigen Sitzung des Verwaltungsrathes ist auf Grund der von der Direction vorgelegten Bilanz die Dividende für das Jahr 1878 auf 7 v. Et. festgesetzt und befohlen worden, die diesjährige ordentliche General-Versammlung auf den 8. März er einzuberufen.

§ Breslau, 29. Jan. [Schwellen-Lieferung.] Bei der in längster Zeit stattgefundenen Submission der Berlin-Hamburger Eisenbahn auf 1) circa 648½ Kubikmeter, gleich 3820 Stück Weichen- und Herzstückschwellen, 2) 70,000 Stück kleiner Bahnhöfe gingen auch aus Schleien recht preisfähige Anerbietungen ein. Es offerierten frei Berlin für Weichen- und Bahnhöfe zu 1,25 M.; H. Lauterbach in Breslau Weichen- und Bahnhöfe zu 31 M.; Adolf Lewald in Altenstein Weichen- und Bahnhöfe zu 45 M., 10,000 Stück Bahnhöfe zu 4,50 M.; Carl David Schulze in Berlin 21,000 Stück Bahnhöfe zu 2,25 M. und 14,000 Stück dergleichen zu 2,35 M.; C. G. Frise in Stolp Weichen- und Bahnhöfe zu 44,50 M.; Albert Grane u. Co. Stettin 15,000 Stück Bahnhöfe zu 2 M.; Ludwig Preiß in Berlin Weichen- und Bahnhöfe zu 39,50 M., 70,000 Stück Bahnhöfe zu 1,83 M.; A. Gramberg, Berlin, Weichen- und Bahnhöfe zu 37 M.; F. W. Patri in Berlin Weichen- und Bahnhöfe zu 37 M.; D. Wieler in Elbing Weichen- und Bahnhöfe zu 46 M.; Gebr. Wollmann in Berlin 70,000 Stück Bahnhöfe zu 1,83 M.; H. Seile in Pajewal Weichen- und Bahnhöfe zu 45,50 M., 9200 Stück Bahnhöfe zu 3,96 M.; Carl Preiß in Berlin 70,000 Stück Bahnhöfe zu 1,87 M. und Weichen- und Bahnhöfe zu 42 M.; H. Paston in Habelberg Weichen- und Bahnhöfe zu 43 M., 10,000 Stück Bahnhöfe zu 4,50 M.; D. M. Lewin, Thorn, Weichen- und Bahnhöfe zu 30 M.; Druski und Sohn, Görlitz, 10,000 Stück Bahnhöfe zu 2,15 M. und 30,000 Stück dergleichen zu 1,94 M.; Louis Friedmann in Breslau 10,000 Stück Bahnhöfe zu 2,38 M.

ff. [Getreide-rc. Transporte.] In der Zeit vom 19. bis 25. Januar c. gingen in Breslau ein:
Weizen: 298,856 Kg. aus Österreich (Galizien, Mähren etc.), 26,185 Kg. über die Oberschlesische Bahn, 50,208 Kg. über die Posener Bahn, 239,114 Kg. über die Mittelwalder Bahn, 242,000 Kg. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 856,363 Kilogramm.

Roggen: 169,870 Kg. aus Österreich (Galizien, Mähren etc.), 23,405 Kg. über die Posener Bahn, 797,050 Kg. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 990,325 Kg.

Gerste: 73,750 Kg. über die Oberschlesische Bahn, 95,475 Kg. über die Mittelwalder Bahn, 40,360 Kg. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 209,585 Kg.

Häfer: 80,540 Kg. aus Österreich (Galizien, Mähren etc.), 15,290 Kg. über die Oberschlesische Bahn, 10,200 Kg. über die Mittelwalder Bahn, 30,500 Kilogramm über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 136,530 Kg.

Mais: 211,191 Kg. aus Österreich (Galizien, Mähren etc.)

Hefsaaten: 159,371 Kg. aus Österreich (Galizien, Mähren etc.), 15,030 Kg. über die Oberschlesische Bahn, 17,632 Kg. über die Posener Bahn, 5000 Kg. über die Mittelwalder Bahn, im Ganzen 197,033 Kg.

Hülsenfrüchte: 81,999 Kg. aus Österreich (Galizien, Mähren etc.), 13,650 Kg. über die Oberschlesische Bahn, 3134 Kg. über die Posener Bahn, 22,941 Kg. über die Mittelwalder Bahn, im Ganzen 121,724 Kg.

In derselben Zeit wurden von Breslau versandt:
Weizen: 30,150 Kg. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 50,003 Kg. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, 106,500 Kg. auf der Freiburger Bahn, 40,241 Kg. nach der Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 226,894 Kg.

Roggen: 30,660 Kg. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 19,452 Kg. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, 22,380 Kg. auf der Freiburger Bahn, 81,400 Kg. über die Rechte-Oder-Ufer-Bahn, im Ganzen 353,292 Kg.

Gerste: 40,250 Kg. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 50,100 Kg. auf der Freiburger Bahn, im Ganzen 90,350 Kg.

Häfer: 10,152 Kg. nach der Posener Bahn, 10,160 Kg. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, 40,760 Kg. auf der Freiburger Bahn, im Ganzen 61,072 Kg.

Mais: 39,896 Kg. nach der Posener Bahn, 85,098 Kg. von der Oberschlesischen nach der Märkischen Bahn, 30,053 Kg. von der Oberschlesischen nach der Freiburger Bahn, im Ganzen 155,047 Kg.

Hefsaaten: 7829 Kg. nach der Posener Bahn.

Hülsenfrüchte: 10,030 Kg. nach der Posener Bahn.

[Eine Trauerfunde aus Bilsen.] Die Freunde und Verehrer des Netters, der unter dem Namen Bilsener Bier des dortigen bürgerlichen Bräuhauses zu Trommen und Nutzen der dortigen Menschheit seit nahezu einem halben Jahrhundert in unveränderbarer Güte und Reinheit erzeugt wird, sie sind von einem harten Schlag betroffen worden; sie müssen sich für gerannte Zeit derselben entschlagen und sich mit einem Surrogate begnügen. Nach Telegrammen, die uns aus dem Emporium der böhmischen Bierbrauerei zutragen, soll man dasselbe die unliebsame Entdeckung gemacht haben, daß der weitanspruchende Theil des in den Kellereien aufgestapelten Biervorrathes sauer, trüb und total ungenießbar sei, wodurch dem Brauhaus ein Schaden von 300,000 fl. einer anderen Version zufolge von 500,000 fl. zugefügt wurde. Die sofortige Enthebung des Braumeisters, welcher diese Stelle seit nahezu dreizeig Jahren bekleidet und durch umgeschickte Braumanipulationen das ganze Unglück verschuldet haben soll, war die Folge dieser Entdeckung.

Briefkasten der Redaktion.

J. E. in S.: Ihr Vorschlag ist nicht stets durchführbar; Ge-wünschtes gesandt.

A. Z. in Ob.-Gl.: Wir bedauern, Ihrem Wunsche nicht ent-sprechen zu können.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Berlin, 29. Jan. Abgeordnetenhaus. Der Gesetzentwurf des Ausführungsgesetzes zum Gerichtskostengesetz wird in dritter Beratung ohne Debatte genehmigt. Zu dem Antrag Freund, betreffend die Oder-Regulirung, erklärt der Regierungskommissar Schönfelder, die Denkschrift über den seitherigen Fortgang der Oder-Regulirung und die künftige Förderung derselben werde vorgelegt werden. Die Regulirung sei schnell und rüttig gefordert worden, was auch die Schiffsahrt-Interessenten anerkannt haben. Der Handelsminister habe seinerseits die Vorlage der Denkschrift zugesagt. Der Antrag wird fast einstimmig angenommen. Hierauf folgt die Beratung der Anträge Windthorst auf Wiederherstellung der aufgehobenen Verfassungs-Artikel. Reichensperger begründet den Antrag. Redner zweifelt nicht, daß auch der vorliegende Antrag durch einfache Tagesordnung bestätigt werden würde. Seine Partei wollte indeß erfahren, ob die Majorität auch jetzt wieder nur eine negative Antwort oder etwas Positives entgegenzusetzen haben werde. Alle Parteien des Reichstages hätten anläßlich der Beratung des Socialistengesetzes zugegeben, daß der Cultuskampf ein Ende haben müsse. Hierzu wäre die Annahme des Antrages Windthorst der erste Schritt. Wollte man zur Revision der Mai-Gesetze schreiten, müsse man die Verfassungs-Artikel wiederherstellen, aber der Cultus-Minister habe freilich erklärt, einer Revision könne erst die Rede sein, wenn der Episkopat die Staats-Autorität anerkannte und den Gesetzen Gehorsam leiste. Solche Zu-muthung könne man nur Scaven stellen. Redner beruft sich auf das Schreiben des Kronprinzen, mit dem die Politik des Ministers im Widerspruch stehe. Die Wiederherstellung der drei Artikel bedeute keineswegs die Unterwerfung des Staates unter die Kirche.

Legidi, unterstützt von Abgeordneten aller Parteien, ausgenommen

des Centrums, der Polen und Altconservativen, stellte den Antrag, über den Antrag Windthorst zur Tagesordnung überzugehen. Greif besitzt Wort die einfache Tagesordnung. Windthorst (Meppen) spricht gegen den Antrag Legidi. Der Antrag Legidi wird gegen die Stimmen des Centrums, der Polen und Altconservativen angenommen.

Das Abgeordnetenhaus erledigte schließlich eine Reihe Petitionen, überwies die Petition um Einführung der Kreisordnung in dem Kreise Weißlau und um Zuteilung dieses Kreises zum Regierungsbezirk Breslau-Baden der Regierung zur Erwägung. Nächste Sitzung Freitag.

Berlin, 29. Jan. Die vom Bundesratthe genehmigten Vorschläge der Commission, betreffs der Schutzmaßregeln gegen die Pest, liegen gegenwärtig dem Kaiser zur Genehmigung vor. (Wiederholte.)

Berlin, 29. Jan. Die „Prov.-Corresp.“ schließt einen längeren „Parlamentarische Disciplin und Abgeordnetenhaus“ beitstellten Artikel, welcher den Antrag des Centrums gegen den Gesetzentwurf über die Strafgewalt des Reichstags betrifft, mit folgenden Sätzen: Es liegt dem Kanzler fern, den Reichstag in seiner inneren Selbstständigkeit, in der Wahrung und Uebung des Hauchs beeinträchtigen zu wollen. Seine Vorlage ist durchweg darauf gerichtet, dem Reichstage eben die volle wirksame Uebung dieses Rechts zu ermöglichen. Wenn derselbe Zweck ohne Mitwirkung der Regierung erreicht werden kann und soll, wird es unzweckmäßig sein, aber von einem darauf gerichteten energischen Willen der Bevölkerung ließ die jüngste Verhandlung neben der Abwehr der Vorlage des Kanzlers leider keine Andeutung hervortreten. Gerade deswegen hat diese Verhandlung nicht den Erfolg haben können, die dringliche Bedeutung der Absichten und des Strebens des Kanzlers irgendwie zu verhindern, oder abzuschwächen.

Über die Pest in Russland schreibt die „Prov.-Corresp.“: Obwohl der Stand der Dinge bisher zu größeren Besorgnissen keinen Anlaß gewährt, vielmehr erwarten läßt, daß die Krankheit in dem bisherigen Bereich ersticken werde, wird doch seitens der Regierung nichts verhindern, um einer möglichen Gefahr rechtzeitig energisch vorzubeugen.

Berlin, 29. Jan. Gegenüber der Meldung, der Finanzminister habe im Staatsministerium aus der Verwerfung des Tabakmonopols eine Cabinsfrage gemacht, und dadurch die Verwerfung mit einer Stimme Mehrheit herbeigeführt, erklären die Abendzeitungen den ganzen Vorgang für erfunden. Ein derartiger Gegenzug habe um so weniger hervortreten können, als das Tabakmonopol in der betreffenden Sitzung gar nicht zur Beratung stand. Es handelte sich um die Zustimmung zu dem längst angekündigten Antrage des Finanzministers, betreffend die Ausarbeitung einer Vorlage, welche auf der Besteuerung des Tabaks nach dem Gewicht basiert. Diese Zustimmung wurde einstimmig vom Gesamtministerium ertheilt, damit aber der Erörterungsfrage in den Reichsinstanzen nicht vorgegriffen. Die Ausschüsse des Bundesrathes zogen ihrerseits den Bericht der Tabak-Commission in Beratung und sprachen sich ebenfalls mit Majorität für die Besteuerung des Tabaks nach dem Gewicht aus.

Berlin, 29. Jan. Im Anschluß an die neuesten Pariser Depeschen über die dortige Krise schreibt die „Norddeutsche Allg. Ztg.“: Was wir angesichts der Wahlergebnisse am 5. Januar in warnender Voraussicht andeuteten, vollzieht sich heute in Frankreich. Der zur unumstränkten Herrschaft gelangte Liberalismus ist sofort zum Gefolgemann des Radicalismus geworden, der ihn und das Land nur allzuschnell dem Verhängnis entgegenführt. Preußen wurde vor 18 Jahren durch einen starken Willen vor dem nämlichen Schicksal behütet.

Kassel, 29. Jan. Geheimrat Stilling, erster geschäftsführender Vorstand der 51. Versammlung der deutschen Naturforscher und Ärzte, ist gestern Abend, 69 Jahre alt, gestorben. (Wiederholte.)

München, 29. Jan. Der Landtag verhandelte heute den Antrag Grümer und Genossen: Der König wolle die Bundesbevollmächtigten Bayerns anweisen, dem Gesetzentwurf, betreffend die Straf- gewalt des Reichstages, die Zustimmung zu versagen. Grümer motiviert den Antrag. Der Ministerpräsident Pfetschner erklärt, da der heutige Antrag ähnlich gelagert, wie der frühere, betreffend die Stellung der bayerischen Regierung zur Diätenfrage, so könne sie denselben Standpunkt einnehmen wie damals. Die Regierung unterwarf die Angelegenheit einer gemissenhaftesten Prüfung, er hege andererseits aber die Ansicht, daß sie nicht gut thun würde, eine ins Innere der Sache eingehende Ansicht auszusprechen, bevor die Bundesrathesverhandlungen stattgefunden. Diese Haltung scheint im vorliegenden Falle umso mehr geboten, als die Angelegenheit die Be- hältnisse des Reichstages berührt. Trotz des großen Interesses der Regierung an der Beratung müßte sie doch Bedenken tragen, heute eine bindende Erklärung abzugeben. Der Antrag wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 130 gegen 1 Stimme (Karl Schmidt, welcher die Erledigung der Frage durch den Reichstag will) angenommen.

München, 29. Jan. Hiesige Gerichte sprachen aus, daß Artikel 17 des Handelsvertrages mit Österreich vor der Zustimmung des Reichstages wirkungslos sei. In Folge dessen wurden gestern hier Wagons der Elisabethbahn und in Regensburg zwei dort anfahrende Dampfschiffe der österreichischen Donaudampfschiffahrt-Gesellschaft in Beflag genommen.

Pest, 29. Jan. Im Unterhause wurde beantragt, der Schlussrechnungs-Ausschuß solle vor der Budgetdebatte den Ausweis über das zehnjährige Gebahren des Staatshaushalts (1868—1877) unterbreiten, welcher Daten über die Ausgaben, Einnahmen, Anleihen, Creditoperationen, Defizite und den Stand der Vermögensbilanz während und nach dem Verlauf der zehn Jahre enthalten soll.

Bern, 29. Jan. Nachdem Italien auf den Abschluß des Zollkartsells befußt Verhinderung des Schmuggels verzichtet, wurde heut, wie bereits gemeldet, in Rom ein Meistbegünstigungsvertrag mit der Schweiz, identisch dem französisch-italienischen, unterzeichnet. Sonach tritt der Conventionaltarif des österreichisch-italienischen Vertrags in Kraft.

Paris, 29. Jan. Cardinal Antoni ist gestorben. — Der Senat approbierte den österreichischen Handelsvertrag nach kurzen Bemerkungen mit 75 gegen 4 Stimmen. (Wiederholte.)

Paris, 29. Jan. Dufaure ging Vormittags in's Elysée und konferierte mit Mac Mahon. Über das Ergebnis der Konferenz ist Zuverlässiges nicht bekannt, indeß wird allgemein angenommen, Mac Mahon werde an seinen Entschließungen festhalten. Der Ministerrat tritt morgen vor Beginn der Kammer sitzungen in Versailles nochmals zu einer Sitzung zusammen, um über die Lage zu berathen. Das Gericht, Mac Mahon sei durch einen Brief des Bischofs Freppel von Angers zu der eingenommenen Haltung bestimmt worden, wird von unrichtiger Seite für unbegründet erklärt mit dem Bemerken, Mac Mahon erhielt überhaupt keinen Brief von Freppel.

London, 29. Jan. Die „Times“ veröffentlicht eine Depesche Odo Russell's an Salisbury vom 10. d. Odo Russell bedauert darin die projectirten deutschen Eisenzölle; die neuen Maßregeln würden das englische Eisen gänzlich vom deutschen Markt verdrängen. Der Bot-

schaster erfährt aus guter Quelle, die Eisen-Enquête-Commission werde wahrscheinlich einen Schutzzoll von 50 Pfennigen pro Centner befürworten. (Wiederholte.)

London, 29. Jan. Die Grubenbesitzer und Grubenarbeiter in Südhorsshire und Nordhorsshire sind übereingekommen, den Lohnstreit einem Schiedsgerichte zu unterbreiten. — Der „Standard“ meldet aus Skof vom 27. d. Bali Mahomed, Halbbruder Schir Ali's, ist auf dem Wege nach Hazaripur, um sich Roberts zu unterwerfen. Bali Mahomed hatte Ordre, nach Kabul zu kommen, aber er fürchtete seine Hinrichtung in Folge seiner Niederlage im Peiar-Passe. — Die „Times“ meldet aus Konstantinopel: Zuhdi wurde entlassen, weil er unfähig war, den Werth der Kaimes zu haben. Kiani ist sein Nachfolger.

Petersburg, 29. Januar. Laut offizieller Meldung sind im Gouvernement Astrachan seit dem 26. Jan. keine epidemischen Kranken mehr vorhanden. Alle Maßregeln sind gegenwärtig auf die Desinfektion und sanitätspolizeilichen Vorkehrungen concentrirt.

(Nach Schluß der Redaction eingetroffen.)

Berlin, 29. Jan. In der heutigen Sitzung der Commission zur Beratung der Schutzmaßregeln gegen die Pest nehmen die inzwischen in die Commission gewählten Professoren Hirsch und Pettenkofer Theil. Die Commission teilte die Berichterstattung über die verschiedenen Materien den für dieselben eingesetzten Subcommissionen zu. Die Publication der gestrigen Beschlüsse des Bundesrathes, betreffend die Beschränkungen der Einfuhr, steht unmittelbar nach der heutigen Bundesrathssitzung bevor.

Wien, 29. Jan. Die „Polit. Corresp.“ meldet aus Konstantinopel: Der Abschluß des definitiven Friedensvertrags wird noch immer dadurch verzögert, daß bezüglich des Artikels 11 ein Einverständniß noch nicht erzielt ist. Auch bezüglich des Zeitpunktes der Bezahlung der Entschädigung für den Unterhalt der türkischen Kriegsgefangenen ist noch keine Einigung erzielt. Dagegen erhält sich das Gefühl, daß eine Vereinbarung stattgefunden habe, daß 35 Tage nach der Unterzeichnung des Vertrages die Räumung des türkischen Gebietes seitens der Russen vollzogen sein müsse.

Rom, 29. Jan. Außer dem Meistbegünstigungsvertrag zwischen Italien und der Schweiz unterzeichneten Tirol und Dalmatien eine Erklärung, wodurch die Convention vom 22. Juli 1868 über den Schutz des künstlerischen und literarischen Eigentums, sowie das Niederlassungsgesetz vom 22. Juli 1868 und die Consularconvention aufrecht erhalten werden. — Depretis gab ein Diner zu Ehren der schweizerischen Delegirten, woran alle Minister teilnahmen. Kochlin reiste morgen ab.

Petersburg, 29. Jan. Die russische Regierung beauftragte ihre Vertreter im Auslande den respectiven Regierungen aufklärende Mitteilungen zu machen über die umfassenden Verkehrsmaßregeln, welche gegen die Weiterverbreitung und Verschleppung der Pest getroffen wurden.

Petersburg, 29. Jan. Die aus Astrachan und von der Wolga eingeforderten Berichte, sowie die Privatmelungen lauten beruhigend. Die Regierung ordnete die energischsten Vorsichtsmaßregeln an. Wahrcheinlich wird Graf Loris Nelikoff als General-Commissarius mit den ausgedehntesten Vollmachten nach Astrachan beordert. Es ist bedauerlich, daß auch bei diesem Anlaß durch die Verbreitung falscher Nachrichten übertriebene Vorstellungen von dem Zustande der Dinge hervorgerufen werden. Die Regierung traf für die größte Energie in der Ausführung der Vorsichtsmaßregeln auch bis zur Absendung der Generalcommissars Vorsorge und befaßt genaueste Berichterstattung.

Börsen-Depeschen.

Berlin, 29. (W. L. B.) [Schluß-Course.] Sehr fest.

Erste Depesche. 2 Uhr 40 Min.

26, 70, per März-April 27, —, per März-Juni 27, —. Spiritus ruhig, ver Januar 59, 50, per Mai-August 57, 50, — Wetter: Bedeut.
(W. L. B.) Köln, 29. Jan. [Gereidemarkt] (Schlussbericht). Weizenloco —, per März 17, 90, per Mai 17, 95. Roggenloco —, per März 11, 60, per Mai 11, 95. Rübbel loco 30, 70, per Mai 30, 30. Haferloco 13, —, per März 12, 60. Wetter: —.
Stettin, 29. Jan., — Uhr Min. (W. L. B.) Cours vom 29. 28. Weizen. Unveränd. Rübbel. Matt. Cours vom 29. 28. April-Mai 174 50 175 — Jan. 55 50 55 75 Mai-Juni 176 50 177 50 April-Mai 56 25 56 75 Spiritus. Loco 49 90 50 10 Jan. 49 90 50 10 April-Mai 51 — 51 — Mai-Juni 51 80 51 70 Petroleum. Jan. 10 50 10 50
Frankfurt a. M., 29. Januar, 6 Uhr 54 M. Abends. [Abendbörse.] (Orig.-Depesche der Bresl. Btg.) Creditactien 192, —, Staatsbahn 208, 50, Lombarden —, Österreich. Silberrente —, do. Goldrente 63%, Ungar. Goldrente 71, 43, 1877er Russen 83%. Rest.
Hamburg, 29. Jan. Abends 9 Uhr 20 Min. (Orig.-Depesche der Bresl. Btg.) [Abendbörse.] Silberrente 53%, Lombarden 138, —, Italiener —, Creditactien 191, 75, Österreich. Staatsbahn 520, —, Rheinische —, Bergisch-Märkische —, Köln-Münster —, Neueste Russen 82%, Norddeutsche —. Einwas matter, geringe Unsähe.

(W. L. B.) Wien, 29. Jan., 5 Uhr 30 Min. [Abendbörse.] Credit-Aktion 214, 30. Staatsbahn 241, 25. Lombarden 64, —. Galizier 213, 25. Analo-Austrian 94, 25. Napoleon'sdor 9, 33. Renten 61, 27. Marknoten 57, 62. Goldrente 73, 85. Ungarische Goldrente 82, 45. Banknoten —. Recht fest.

Paris, 29. Jan. Nachm. 3 Uhr. [Schluß-Course] (Orig.-Depesche der Bresl. Btg.) Matt. Schlüß unerheblich besser.

Cours vom 29. 28. Cours vom 29. 28. 3proc. Rente 76 40 76 65 Türken de 1865 ... 11 57 11 30 Amortisierung 79 12 79 17 Türken de 1869 ... 70 — 69 — 5proc. Ank. v. 1872 113 30 113 45 Türkische Loose 44 70 43 50 Goldrente österr. 64% 64% do. ungar. 71% 70 1/2 Dester-Staats-Gf. A. 517 50 513 75 [1877er Russen 85% 84 1/2 Lombard. Eisenb.-Akt. 142 50 141 25

Statt jeder besonderen Meldung. Die Verlobung unserer Tochter Agnes mit Herrn Max Weigert hier beeilen wir uns Verwandten und Freunden hierdurch ergeben zu anzeigen. [1233]

Breslau, im Januar 1879.
Beno Meidner und Frau.

Agnes Meidner,
Max Weigert,
Verlobte.

Meine Verlobung mit Fräulein Emma Marcus, Tochter des Herrn L. Marcus aus Freystadt in Westpreußen, erlaube ich mir hiermit Freunden und Bekannten statt besonderer Meldung anzugeben. Breslau, im Januar 1879. [1903] Adolf Lewy.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter Marie mit Herrn M. Beiner aus Döwicim, beeilen wir uns allen Freunden und Bekannten ganz ergeben zu anzeigen. [380]

Stadt Königshütte, den 26. Januar 1879.
Badermeister M. Steinis und Frau.

Marie Steinis,
Moritz Beiner,
Verlobte.

Königshütte D.S. Döwicim.

Die Verlobung unserer Tochter Ida mit dem Banquier Herrn Adolf Landsberger in Katowitz beeilen wir uns hierdurch statt besonderer Meldung ergeben zu anzeigen. Brieg, den 30. Januar 1879. S. Sachs und Frau.

Ida Sachs,
Adolf Landsberger,
Verlobte. [1878]

Die Verlobung unserer Tochter Anna mit dem Kaufmann Herrn Oscar Wendiner hier beeilen wir uns statt jeder besonderen Meldung ganz ergeben zu anzeigen. [1879]

Katowitz, den 30. Januar 1879.
S. Ning und Frau.

Anna Ning,
Oscar Wendiner,
Verlobte.

Die Verlobung unserer ältesten Tochter Clara mit dem Kaufmann Herrn Max Wagner in Teufenberg beeilen wir uns hierdurch ergeben zu anzeigen. [1885]

Ostrowo, den 28. Januar 1879.
Robert Cohn und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:
Laura Kosterlik,
Joseph Gertsel,
Publinis. Koschentin.

Johanna Wolff,
Julius Bänder,
Verlobte. [389]

Loslau. Myslowitz.
[382] Neuvermählte.
Dr. Paul Niemer,
prakt. Arzt,
Anna Niemer,
geb. Scheffler.

Grottkau, den 27. Januar 1879.
Dr. Alfred Weizstein und Frau
Hermine, geb. Bisch.

Breslau, den 29. Januar 1879.
Die Geburt eines Sohnes beehren sich anzugeben. [390]

Wilhelm Bild und Frau.
Brieg, den 28. Januar 1879.

Nach schweren Leiden wurde uns unser geliebter kleiner Kurt heute im Alter von 17 Monaten durch den Tod entrissen. [1222]

Breslau, den 28. Januar 1879.
Kloß,

Rgl. Eisenbahn-Maschinen-Inspector, und Frau Clara, geb. Kaumann.

[1902] Rgl. Eisenbahn-Maschinen-Inspector, und Frau Clara, geb. Kaumann.

Reichstagswahl.

Unser Wahlbureau befindet sich: [1914]

Mende's Hôtel

am Magdalenen-Platz

und ist von früh 8 Uhr bis Abends 7 Uhr geöffnet.

Unser Candidat ist:

der Landtags-Abgeordnete für Breslau,

Justizrat Wilh. Freund.

**Das Central-Wahlcomite
der vereinigten liberalen Parteien.**

Namslau, 28. Januar. Den wiederholten Angriffen des Lehrers Kotelman gegenüber sehe ich mich gezwungen, endlich aus meinem bisherigen Schweigen herauszutreten und Nachstehendes behufs Nichtigstellung des Sachverhalts hiermit zu erklären:

Ich habe im Monat August v. J. zufolge Verfügung des königlichen Landratsamts hierzulieb den Lehrer Kotelman, welcher ohne Genehmigung der genannten Behörde dem amtlichen „Kreisblatte“ Flugblätter batte beilegen lassen, zu wiederholten Malen zu seiner Vernehmung amtlich vorgeladen und schließlich zwangswise gestellen lassen, da Kotelman meinen Vorladungen nicht Folge leistete.

Da Kotelman mir auch dann noch jede Auskunft verweigerte und mir unter 20. August 1878 schriftlich angezeigt, daß er nicht mich, sondern nur die königliche Regierung in dieser Sache für competent halte, so habe ich bei der genannten Behörde Beerdwe geführ.

Ich habe mich lediglich über die Rechten des mehrgenannten Lehrers beschwert, dabei jedoch selbstverständlich die Veranlassung zu der Vorladung derselben speziell erörtern müssen und meiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß Kotelman durch seine politischen Agitationen die Schule schädige, an der er wirkt. Diese Überzeugung habe ich auch heute noch.

Ich bin im Uebrigen weder auf die amtliche und noch weniger auf die außeramtliche Tätigkeit des v. Kotelman eingegangen und kann also von einer Denunciation von meiner Seite wohl nicht die Rede sein.

Der Bürgermeister Koze. [1887]

Statt besonderer Meldung.

Heut Nachmittag 3 1/2 Uhr entließ sanft nach langen, schweren Leiden unser geliebter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Herzogl. Ratiborische Inspector a. D. [386]

Hugo Maywald, im 33. Lebensjahr plötzlich durch einen Gehirnschlag zu sich zu nehmen.

Wer ihn gekannt, wird wissen, was ich an ihm verliere.

Birkholz, den 28. Jan. 1879.
Die tiefbetrübten Hinterbliebenen.

Heute verließ nach schweren Leiden

unser lieber Freund und College, der

Dirigent der hiesigen Königl. Prä-

paranden-Akademie. [391]

Herr Woitun,

im 47. Lebensjahr.

Ausgezeichnet als Mensch und Christ, ein wahres Muster eines guten, gewissenhaften Lehrers, hat er sich in den Herzen seiner Collegen, seiner Schüler und aller Bekannten ein Andenken geschaffen, das auch nach seinem Tode in der Liebe, der Dankbarkeit und Verehrung fortleben wird.

Rosenberg D.S., den 28. Jan. 1879.

Lepiorzsch,

I. Lehrer an der kgl. Präp.-Akademie,

und das Seminar-Lehrer-Collegium.

Dr. Weiss, Illgner, Stein, Brückner.

Müller, Kothe.

Familien-Nachrichten.

Verlobt: Heut, im Welt-Kräfz.

Negl. Nr. 4, Herr Febr. v. Driesen in

Hamm mit Freiin Isabella von der

Recke in Haus Mentrop. Herr Dr.

Bernhard Pohl in Kostenblut mit Fr.

Maria Schäpe in Neumarkt.

Geboren: Eine Tochter: Dem

Hauptmann u. Comp.-Chef im kgl.

Sächs. 8. Inf.-Negl. Nr. 107, Herrn

v. Bürmb in Leipzig.

Ihm war das Leben eine Kette von

Leiden — leicht sei ihm die Erde.

Waizenroda, den 28. Jan. 1879.

Die Beamten

der Firma Friedrich Kopisch.

Kirchner, Weiz.

Todes-Anzeige.

Gestern Abend 8 1/2 Uhr verschied

in Folge des Schlaganfalls plötzlich

unser guter heiligster Gatte, Vater,

Schwiegervater, Großvater und Onkel,

der Kaufmann. [1221]

Moritz Kupferberg,

im noch nicht vollendeten 60. Lebens-

jahre.

Wer seinen biedern Charakter kannte,

wird unsern herben Schmerz zu wür-

digen wissen.

Cann, den 29. Januar 1879.

Johanna Kupferberg,

geb. Edtstein,

im Namen der Hinter-

bliebenen.

Die Beerdigung findet Donnerstag,

den 30. d., Nachm. 1 Uhr, in Neu-

markt i. Schl. statt.

Statt besonderer Meldung.

Heut früh 6 1/2 Uhr entschließt

vorhergehenden schweren Leiden unser

guter, biederer Vater, Schwiegervater,

Großvater, Urgroßvater und Onkel,

der Ehrenbürger der Stadt Münster-

berg und Kaufmann

[385]

Samuel Grossmann,

im ehrenbaren Alter von 88 Jahren,

was er tiebfürchtet allen Freunden

und Bekannten zur traurigen Nach-

richt bringen.

Münsterberg und Breslau, den

29. Januar 1879.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung findet in Münsterberg,

Freitag, den 31. d. Mts., Vormittag

10 Uhr, statt.

Allen Verwandten und Bekannten

machen wir tiebfürchtet die traurige

Nachricht, daß Montag, Abends, unser

geliebtes, jüngstes Söhnchen Paul

im Alter von 1 1/2 Jahren gestorben ist.

Neisse, 28.

60 Thlr. Verdienst!

Für mein Waaren-Lombard-Geschäft suche einen stillen Theilnehmer, der wird beauftragt, ein nachweislich seit Jahren mit dem besten Erfolge betriebenes, anerkannt gut eingeführtes Wein-Engros-Geschäft zu verkaufen. Das Lager kann auf Wunsch vor der Übernahme bedeutend verringert werden und erfolgt Tiefen der Außenstände nach Überkommen. Kellerei und Comptoir gut gelegen, Mietcontracte auf Jahre gesichert. [1223]

(Mit 600 Thlr.) 75—100 Thlr. Verdienst monatl. durch Wertpapier-Zeitung. Off. u. B. S. erb. hauptpost. fr.

Für unsere Wäschefabrik, Spec. Kragen u. Manschetten, suchen wir einen gut eingeführten [1898]

Agenten.

Adressen sub L. Q. 466 befördert Rudolf Mosse, Berlin, Prinzenstr. 35.

Jedes Loos ein Treffer! Zur letzten Riebung

der f. f. österr.

1839er

Staats-Loose!

welche unbedingt alle am 1. März 1879 mit Treffer gezogen werden müssen, verkaufen wir:

Ein ganzes Ori- Rm.

ginal-Loos 1550

1 Fünftel-Loos 330

1 Halbes vom

Fünftel 200

1 Viertel 105

1 Zehntel 44

1 Zwanzigstel 22

Haupttr. 315,000 Fl.

= 630,000 Rm.

Mieten eröffnen bei diesen Loosen nicht, jedes Loos muss einen Treffer machen, und gelangen auch die kleinsten Treffer ohne jeden Abzug zur Auszahlung.

Unter Wiener Haus, dessen Augenmerk jetzt allein auf den Umgang dieser Lose gerichtet ist, befindet sich dadurch in der günstigen Lage, Original-Loose auch von Banquier's billig befreiten zu können. [343]

NYITRAI & Co.,

Bankhaus Wien, und Budapest, Kärntnerstraße, Waiznergasse.

Die Papier-Fabrik in Elbing,

Verlinerstraße 5, mit 2 Papierfabriken, 6 Holländern, 2 rotirenden Kochern, wird auf dem Subhastationstermin den 8. Februar d. J., Vormittags 10 Uhr, meistbietend verkauft. [1778]

Lebende Fische aller Art empfiehlt Pahn, Mauritiusplatz. [1247]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

Zum Abhalten stiller Wochen finden Damen bei mir bei liebevoller Behandlung und guter Kleidung ein freundliches Asyl. Frau Leopoldine Arndt, Gebamme in Bobrek bei Beuthen D.-S.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.

[1252]

Eine gebrauchte Kutsche zum Verkauf. Preis 100 Thlr. [1253]

Ein gebrauchter, noch gut erhaltenes Flügel für 30 Thlr. Sonnenstr. Nr. 31, 1. Et. links, zu verkaufen.